

München, eines Fabrikanten Liebesbriefes Vor- 23jährige Dienst- meister Beinkleid in ab gestern abend mittelbar nach der b. Die grausame ungene eingeliefert. a, 28. Mai. Eine Bismarckfelde bei Bläser mit seinem Verlauf er zum eht. Hierauf er- Die angebliche inmehr aufklär. d, hat die Unter- als Todesursache geringste Verdacht rere Erbstöße sind Einzelheiten fehlen er Schaden ange- Toulouise zer- cooperatio-Druckerei an einem benach- schinen. Auch die edet, konnten jed- der Byrotechniker und seinen beiden fürpörn beschlagnä das ganze Haus in Personen wurden zu bereit tot. u bei Potenza ein beiden Böden des ordet. London, nem englischen Be- nem Eingeborenen

Hykion in Texas, te, wird noch be- beträgt. Die Zahl e durch Mischlag ein ganzes Häufel- n. des Neubaus der nachmittag der wohnhaft. Mehrere Meterten dabei bis zu waghaltig war mit einem schweren n. wurde im Gitzung 16 age in einem Ab- genommenen Manne ungegriffen und am zog sofort die Rot- e Klienten sprang n Damen stammen ntentäters ist eine

hier der Kaufmann or Karl Freiherr d verlangte. Hoff- Schreckschuß in die t einschüchtern und er in der Notwehr er lebensgefährlich schwerverletzt nach et, aber wieder auf r Reichsanzler am seinen Räten. Zu zogen worden, der egeben hat. Man ehten Vorgänge in n Säuglingen zu viel n. Nur durch richtige Säuglings- so leicht verdaulich 3084

n-Gefe. mehr als 15 Buchstaben doppelt gerechnet. zuzahlung angenommen. chherde, darz emalliert, weng norm großer Auswahl. gshalter zu jedem nur Breife verkauft werden. efiattet. Adolf Heine. 2438

radrahmen Center u. Sattelstütze (Fabrikat), ein Jahr ig zu verkaufen, Kaiser 3067

nenheitskauf! Kommode billig zu ver- agt d. Exped. 3080

Holz- abant, mit Fußbetrieb, usen. Zu erfragen in efer Zeitung. 3090

ner-Arbeit 3091 vernimmt F. Häbbers, radwege, Bergstraße 9. 3089

immer, erte, zu vermieten. 12. 3089

Abonnementpreis
für Bielefeld und Umgegend, so-
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 M. vierteljährlich inklusive
Bestellgeld.
Eingelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Bernspruch-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie
für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 125.

Bielefeld, Mittwoch, 2. Juni 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ein lippisches Gesetz über die Wertzuwachssteuer.

Zu der bevorstehenden Tagung des Landtags ist jetzt den Abgeordneten eine Vorlage über die Besteuerung des Wertzuwachses übermittelt worden. Freiwillig ist die Regierung damit nicht herausgekommen, sondern sie hat sich dazu veranlaßt gesehen erst nachdem im Landtage die Sache recht dringlich gemacht worden war. Der erste Anstoß ging von der Stadt Salzuflen aus, wo bekanntlich die Verhältnisse so liegen, daß schon seit Jahren spekulative Leute mit Vermögen beim Grundstücksandel mühelos große Summen verdienen, ohne irgendwie zu den allgemeinen Unkosten des Gemeinwesens besonders herangezogen zu werden. Die Arbeiter sind dabei die Leidtragenden gewesen. Sie haben den unverhältnismäßig hohen Steuerfuß, den sich Salzuflen eben mit Rücksicht auf das fürstliche Bad leisten zu müssen glaubt, mit bezahlen müssen, es war ihnen aber auf der andern Seite natürlich ganz unmöglich, an dem „mühelosen Gewinn“ teilzunehmen. Schon im vorigen Jahre hat nun der Landtag auf dringende Vorstellungen hin einen Antrag angenommen, wonach die Regierung zur Ausarbeitung einer Vorlage aufgefordert wurde, nachdem die Ver- suchte, auf Grund der bestehenden Städteordnung durch Orts- statuten zu einer Wertzuwachssteuerordnung zu kommen, gescheitert waren. In der letzten Tagung des Landtags wiederholte sich das dringende Ersuchen an die Regierung, und heute liegt der Ge- sehtentwurf vor.

Dieser Entwurf soll zunächst „die Grundlage einer solchen Besteuerungsmöglichkeit schaffen“, die nach der Ansicht der Regierung bisher nicht vorhanden gewesen ist. Dem ent- sprechen die ersten beiden Paragraphen des Entwurfs:

§ 1. Die Stadtgemeinden und die Dorfgemeinden sind befugt, nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes eine Abgabe vom Wertzuwachs der in ihrer Gemarkung belegenden Grundstücke zu erheben (Wertzuwachssteuer). Die Einführung der Wertzuwachssteuer erfolgt durch Ortsstatut mit Zu- stimmung der Regierung.

§ 2. Der Staat ist berechtigt, von dem Ertrage der Wertzuwachssteuer nach Abzug der Veranlagungskosten bis fünfundsiebzig vom Hundert für sich zu beanspruchen. Die Amtsgemeinden sind gegenüber den Dorfgemein- den berechtigt, von dem Ertrage der Wertzuwachssteuer nach Abzug der Veranlagungskosten bis fünfundsiebzig v. H. für sich zu beanspruchen. Der Staat und die Amtsgemeinden sind verpflichtet, die nach Absatz 1 bis 2 von ihnen verein- nahnten Beträge zu Gunsten der Gemeinden zu ver- wenden, aus welchen die Beträge ihnen zufließen. Den Ge- meinden ist Auskunft über die Verwendung der Beträge zu- geben.

Diesen grundlegenden Bestimmungen folgen dann Vor- schriften über das Verfahren beim Erlasse einer Wertzuwachs- steuerordnung und bei der Hebung der Steuer. Wir heben daraus hervor, daß jeder Wechsel im Eigentum eines Grund- stücks die Steuerpflicht begründet. Befreit sollen bleiben, neben den durch familiäre Verhältnisse verursachten Veränderungen, der Landes „herr“, der lippische Staat und das Deutsche Reich. Da der fürstliche Besitz ein Fünftel des Landes ausmacht, wird diese Befreiung besonders zu bedauern sein. Wenn der frühere Erwerbspreis nicht ermittelt werden kann, soll an seine Stelle der gemeine Wert zur Zeit seines Erwerbes treten oder, wenn dieser Erwerb länger als 5 Jahre zurückliegt, der gemeine Wert am 1. April des dritten Jahres vor Einführung der Wert- zuwachssteuer. Gemeinden, die die Wertzuwachssteuer binnen drei Jahren nach Erlaß dieses Gesetzes einführen, sollen in dieser Beziehung auf einen früheren Tag, aber nicht über den 1. April 1890 zurückgreifen dürfen. Der § 13 bestimmt:

Die Steuerföge werden durch Ortsstatut be- stimmt. Sie sind nach dem Verhältnisse des Wertzuwachses zum Werte des Grundstücks zur Zeit des Erwerbes abzustufen. Beträgt der Wertzuwachs weniger als 5 vom Hundert oder übersteigt er nach Abzug der Steuer 300 Mark nicht, so unter- bleibt die Steuererhebung. Der Höchstbetrag der Steuer darf 25 vom Hundert nicht übersteigen.

Bei bebauten Grundstücken ist ein Teil des Wert- zuwachses von der Besteuerung ganz frei zu lassen. Der frei- zulassende Teil ist nach der Eigentumsdauer abzustufen und hat bei einer Eigentumsdauer von zehn Jahren wenigstens 5 vom Hundert zu betragen.

Die Steuerpflicht kann auf Grundstücke be- schränkt werden, welche als unbebaut erworben worden sind.

Weiter sind noch die folgenden Vorschriften hervorzuheben: Die Wertzuwachssteuer ist vom Veräußerer zu zahlen. Für die Dorfgemeinden steht der betr. Ausschuß der Amtsgemeinde die Veranlagung fest. Gegen die Entscheidung ist die zu begrün- dende Beanstandung und die Beschwerde bei der Regierung zulässig. Gegebenenfalls kann im Wege des Verwaltungsstreit- verfahrens vorgegangen werden; der Rechtsweg bleibt ausge- schlossen. Auf die Strafbestimmungen folgt noch der § 23, worin es heißt:

Gemeinden, welche die Wertzuwachssteuer innerhalb sechs Monaten nach Verkündung dieses Gesetzes einführen, sind be- rechtigt, die Besteuerung nach Maßgabe dieses Gesetzes durch Ortsstatut auf die nach dem 1. April 1907 eingetretenen Eigen- tumswechsel auszudehnen.

Hierzu bemerkt die Regierung in der der Vorlage beige- gebenen Begründung: Diese Uebergangsbestimmung rechtfertigt sich insbesondere gegenüber der Stadt Salzuflen, deren Wunsch, die Steuer schon früher einzuführen, nur wegen der bis- her dazu fehlenden gesetzlichen Befugnis unerfüllt bleiben mußte.

Aus der Begründung sei hier noch der folgende allgemeine Satz wiedergegeben:

Die großen Unkosten für Straßenbauten und andere not- wendige Neuerungen im Gefolge sprunghafter Entwicklung eines Gemeinwesens lassen es für die belasteten örtlichen Ge- meinden nicht nur, sondern unter Umständen, wenn auch in geringerem Maße, für den Staat und die Amtsgemeinden wünschenswert erscheinen, Dedung ihrer Ausgaben durch Be- steuerung des mühelosen, ausschließlich oder vornehmlich in- folge der Entwicklung des Gemeinwesens aus besonderen wirt- schaftlichen Gründen, losgelöst von ihrer eigenen Tätigkeit erzielten Gewinnes der Grundstücksbesitzer, in Form der Wertzuwachssteuer zu suchen.

Der Landtag hat nun die Aufgabe, den Entwurf nachzusehen, und wo es geht zu verbessern. Die Beteiligung des Staats an dem Ertrage der Wertzuwachssteuer ist etwas neues, aber es soll ja nur soweit geschehen, als auch dem Staate durch die Entwicklung einer Gemeinde besondere Ausgaben entstehen, und so ist die Regierung nicht sehr weitläufig, wenn sie im einzelnen vielleicht auch abgeändert werden könnte. Die Hauptsache ist, daß überhaupt erst einmal die Wertzuwachssteuer erhoben werden kann. Der Staat will den Gemeinden einen bestimmten Rahmen setzen, in dem sie je nach ihren besonderen Verhältnissen die Satzungen erlassen können. Dabei fragt es sich weiter, ob dieser Rahmen, wie er entworfen ist, den Bedürfnissen entspricht. Der Steuerfuß mit 5 bis 25 vom Hundert ist anderwärts die Regel, aber es gibt auch Orte, die bis 30 Prozent gegangen sind und auch nach unten die Grenze niedriger gesetzt haben. Der Staat kann da ruhig die größte Freiheit lassen und braucht sich der Interessen des Besitzes nicht mehr anzunehmen, als es die durch das Dreiklassenwahlrecht gestellten Ortsverwaltungen ohne- hin tun würden. Es scheint überhaupt, als wolle die Regierung mit ihrem Entwurfe zeigen, daß sie der dem mangelhaft geheilten Besitz und seinem Profiten großen Respekt habe. Wollten wir im einzelnen kritisieren, so würden wir viel auszusagen haben, aber dazu findet sich wohl noch Gelegenheit. Warum z. B. bei gerichtlichen Zwangsversteigerungen unter allen Umständen die Steuerhebung unterbleiben soll, ist nicht recht einzusehen, und wenn auch andererseits die Vorschrift, daß die Gemeinden, die in der nächsten Zeit schon Wertzuwachssteuerordnungen ein- führen, Vergünstigungen haben sollen, anzuerkennen ist, so dürfen diese Vergünstigungen doch wohl nicht so sein, daß ihr Wegfall in späteren Jahren hemmend wirken könnte. Leider ist nicht anzunehmen, daß die lippischen Gemeinden alsbald von dem Rechte, solche Steuern einzuführen, Gebrauch machen würden, eben weil die Haus- und Grundbesitzer in den Körperschaften stark vertreten sind; und da diese ein Interesse daran haben, jene Vergünstigungen wegzufallen zu sehen, so wird in dieser Hin- sicht umso vorsichtiger vorgegangen werden müssen. Besondere Erwartungen darf man aber nicht hegen, denn es hat ein Land- tag zu entscheiden, worin der Besitz, und zumal der fundierte, eine ausschlaggebende Rolle spielt. Regierung und Landtag sind hier ein paar Instanzen, worauf sich der Besitz vorläufig ver- lassen kann.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Büllo und Wilhelm II. Wie die „Deutschen Nachrichten“ aus absolut zuverlässiger Quelle erfahren haben wollen, hat die Beratung des Fürsten Büllo mit Wilhelm II. in Wiesbaden folgendes Resultat gezeitigt:

1. Fürst Büllo blieb nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers im Amte;
2. die Finanzreform soll mit den Konservativen und dem Zentrum gemacht werden. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers sollen dabei aber die Liberalen nicht ausge- schaltet werden, d. h. es soll auf die Mitwirkung der Liberalen, wenn irgend möglich, nicht verzichtet werden.

Wir geben diese Mitteilung unter allem Vorbehalt, denn die „Deutschen Nachrichten“ sind ein Organ, das politisch fast völlig einflusslos ist.

Es ist wahrscheinlich, daß diese Meldung überhaupt einfach aus den Fingern gezogen ist. Wenn wirklich etwas von dem Gespräch zwischen Wilhelm II. und Büllo an die Öffentlichkeit dringen sollte, so würde das auf einem anderen Wege geschehen.

Die Wertpapiersteuer. Je mehr man sich im Lande mit der von den Konservativen beantragten und mit Hilfe des Zen- trums angenommenen Wertpapiersteuer beschäftigt, desto mehr stellt sich heraus, daß die Folgen dieser Steuer den Handel und den Verkehr ganz erheblich beeinträchtigen würden. Die Kon- servativen haben erklärt, daß sie gegen die Erbschaftsteuer seien, weil sie nicht wünschen, daß der kleine Besitz belastet werde. Nun stellt sich aber heraus, daß von der von den Kon- servativen beantragten Steuer auch Pfandbriefe, Kommunal- und Kleinbahn-Obligationen getroffen würden. Die deutschen Hypothekendarlehen würden annähernd 10 Millionen Mark Steuern aufzubringen haben und ganz selbstverständlich diese Steuer auf die Geldnehmer abwälzen. Die Geldnehmer sind aber gerade in diesem Falle in ganz erheblichem Maße kleine Landwirte, denen künftig Geld nur noch zu härteren Bedingun- gen verschafft werden könnte.

Wer trägt den Kohlen-Ausfuhrzoll? Das Organ der indu- striellen Scharfmacher, die „Post“, erörtert diese überaus wich- tige Frage. Die gesamte deutsche Kohlenindustrie ist auf die Ausfuhr angewiesen. Der Ausfuhrzoll kann aber nicht auf den Weltmarktpreis aufgeschlagen werden, weil mit der Konkurrenz der anderen Staaten gerechnet werden muß. Es bleibt unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als diesen Zoll auf den Inlandspreis der Kohle zu schlagen. Damit würde zunächst einmal die Eisenindustrie ziemlich schwer getroffen werden, und es würde der Fall eintreten, daß eine Verminderung der

Arbeitslöhne die schließliche Folge würde. Die „Post“ bestätigt hier die Richtigkeit der von den Sozialdemokraten in der Presse vertretenen Gründe gegen den Kohlenausfuhrzoll. Trotzdem wird damit gerechnet werden müssen, daß diese Belastung der Kohle im Reichstag eine Mehrheit finden wird.

Gegen die Erbschaftsteuer. Die „Kreuzzeitung“, das offi- zielle Organ der Konservativen, betont, daß die Regierung selber einsehen mußte, daß auch die Erbschaftsteuer im Reichstag keine Mehrheit finden könne. Abgesehen von den Polen, betrage die neue Steuer-Mehrheit 216 Stimmen. Daß man diese Mehrheit sprengen könne, erscheine ausgeschlossen, denn selbst, wenn die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung sich doch noch für die Erbschaftsteuer umstimmen lassen sollten, dann würden sie ersetzt durch einen Teil der Nationalliberalen, die bereit sind, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen. Die Regierung sollte endlich einmal einsehen, daß absolut keine Aussicht besteht, im Reichstage eine Erbschaftsteuer durchzuführen, und sollte sich damit begnügen, eine Reichsfinanzreform ohne Erbschaftsteuer entgegenzunehmen.

Gegen den Kaffeezoll. Der Verein der am Kaffeehandel be- teiligten Firmen Hamburgs hat in einer Eingabe an den Reichstag gegen Erhöhung des Kaffeezolls protestiert und das Gleiche tat die Handelskammer in Altona, die sich in ihrer Sitzung vom Sonnabend mit dieser Frage befaßte. — Es wer- den die auch von den Gegnern einer Zollserhöhung im Reichstag geltend gemachten Gründe angeführt. Die Hamburger Kaffee- händler empfehlen eine Besteuerung der Kaffeejurrogate mit 20 Pfg. pro Pfund. Sie wollen aus dieser menschenfreundlichen Steuer 80 Millionen herauschlagen.

Vom neuen Reichsvereinsgesetz. In Braunschweig hatte das Gewerkschaftsstatut eine Dienstbotenvermittlung einberufen zum Zweck der Gründung einer Dienstbotenorgani- sation. Das Thema wurde unter vollständiger Ausschließung der Erörterung politischer Fragen oder Dinge behandelt. Trop- dem erhielt Genosse Weismeyer als Einberufer der Versamm- lung ein Strafmandat über 15 Mark, weil er die Vermittlung nicht als eine „politische“ angemeldet oder bekannt gemacht hatte. Das angerufene Schöffengericht und in der Berufungs- instanz das Landgericht sprachen den Angeklagten kurzer- hand frei, weil selbst die Polizeibeamten als solche nichts weiter befunden konnten, als daß in der Versammlung gesagt worden sei, die Verrückung der Gesindeordnung sei für die Dienstboten „wünschenswert“. Die Staatsanwaltschaft hielt aber diese Worte schon als über den Rahmen des Gewerkschaftlichen hin- ausgehend, wodurch die Versammlung zu einer — politischen gestempelt werde. Sie legte Revision ein und das Oberlandes- gericht hielt die Revision für begründet. Die Versammlung habe sich mit der Aussprechung des Bundes durch die Referen- tin, daß es für die Dienstboten besser sei, wenn sie nicht der Gesindeordnung unterstellt wären, unmittelbar mit Angelegen- heiten des Staates und der Gesetzgebung befaßt. Dadurch sei die Versammlung zu einer „politischen“ geworden. Das Ober- landesgericht wies die Sache an das Landgericht zur nochmaligen Verhandlung zurück.

Durch dieses Urteil erfolgt eine Auslegung des Reichsver- einsgesetzes, wie sie bei der Beratung wohl kein Mensch vor- ausgehen hat.

Das gegenseitige Bedauern.

Berlin, 29. Mai. Heute nachmittag ist im Auswärtigen Amte von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zähr. v. Schoen und dem französischen Geschäftsträger in Berlin v. Verdheim folgendes Protokoll unterzeichnet worden:

Nachdem die kaiserlich deutsche Regierung und die Regierung der französischen Republik am 10. November 1908 übereinge- kommen sind, die gesamten Streitfragen, welche durch die am 25. September 1908 in Casablanca vorgetragenen Begeben- heiten hervorgerufen sind, einem zu diesem Zwecke zusammen- gerufenen Schiedsgerichte zu unterbreiten, und nachdem die bei- den Regierungen sich verpflichtet haben, einander ihr Bedauern über das Vorgehen ihrer Beamten nach Maßgabe der von den Schiedsrichtern über den Teilstand und die Rechtsfragen zu treffenden Entscheidung auszusprechen, nachdem ferner das Schiedsgericht im Haag am 22. Mai 1909 erkannt und verkündet hat was folgt: (folgt der bekannte Spruch des Haager Schieds- gerichts), so erklären die kaiserlich deutsche Regierung und die Regierung der französischen Republik, jede soweit sie betroffen ist, daß sie ihr Bedauern über das in dem Schiedspruch ihren Angestellten zum Vorwurf gemachte Verhalten ausdrücken.

Geschehen in doppelter Ausfertigung zu Berlin am 29. Mai 1909.

v. Schoen.

Fhr. v. Verdheim.

Der Kampf um den Papst.

Vor kurzem haben die M.-Glabacher eine Deputation an den Papst geschickt und nachher der Welt verkündet, daß Pius X. voll und ganz gebilligt habe, was die christlichen Gewerkschaften getan hätten. Das Vatikanblatt, der „Osservatore Romano“, hat nachher bestritten, daß der Papst sich so ausgedrückt habe. Darauf erfolgte eine Erklärung der Teilnehmer der Deputa- tion, darunter des Abgeordneten Wieser, daß ihre Mittei- lungen über die Audienz genau dem Text der Uebersetzung ent- sprächen, die ihnen während der Audienz von der Ansprache des Papstes gegeben worden sei. Jetzt kommt der „Osservatore Romano“, dem die M.-Glabacher diese Erklärung zugesandt hatten, mit folgender Mitteilung:

Wir bedauern, dem Ersuchen der genannten Herren, diese ihre Erklärung zu veröffentlichen, nicht nachkommen zu kön- nen. Denn obgleich sie darin tun, als wäre es ihnen unbe- kannt oder als wüßten sie nicht genau, von welcher Seite die von uns veröffentlichten Erklärungen aus zugegangen sein könnten, so müssen sie doch begreifen, daß dieselben aus autori- tativer Quelle stammen, ja sogar aus der einzigen, aus der wir

überhaupt erhalten konnten. Wir bitten aus diesem Grunde die Rückmeldung zu ziehen, wie wenig klug es ist und wie leicht es unliebsamen Widerspruch hervorrufen muß, wenn man den Anspruch erhebt, wörtlich die Äußerungen eines anderen, namentlich in einer fremden Sprache, wiederzugeben, ohne sich vorher darüber vergewissert zu haben, daß der gebotene Text genau und treu dem Gedanken dessen entspricht, der die Äußerungen getan hat.

Der Papst ist es also selber, der durch den „Osservatore Romano“ bestreitet, daß er sich mit der Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften einverstanden erklärt habe. Die M.-Glabbacher sind also einem unfähigen Uebersetzer zum Opfer gefallen, oder sie haben gekünstelt. Der Reimfall ist den Herren Wiesberts, Weber usw., die sich ihre Anweisungen als Führer deutscher Arbeiterorganisationen aus Rom holen, zu gönnen.

Luxussteuern und Luxussteuern.

das sind die Schlagworte, die da gebraucht werden, wo man die Massen täuschen will. Man denkt, der arme beruhigt sich und klagt nicht, wenn er weiß, daß die Reichen auch bezahlen müssen. Selbststeuer, Wertzoll für Tabak, Steuer auf Parfümerie und ähnliche Worte werden gebraucht, um den Glauben hervorzurufen, daß die Nachlasssteuer nicht abgelehnt ist, um die Reichen vom Zahlen zu befreien, sondern ethische Gründe maßgebend waren. Die Reichen werden mit Luxussteuern und Luxussteuern getroffen, damit wird ein soziales Moment in die Steuergegebung gebracht. Aber Zölle auf Luxusgegenstände bringen kein Geld in die Kassen, sagte Bismarck schon 1875. Wie richtig Bismarck die Wirkung der Luxussteuern einschätzte, beweisen die geltenden Luxussteuern und -zölle. Der Zoll auf Champagner und die inländische Schaumweinsteuer brachten 1906 nur 8 793 300 Mark gegen 147 640 100 Mark Einnahmen aus dem Branntwein in demselben Jahre. Einen hohen Zoll haben wir auch auf Luxuspferde, d. h. auf solche Pferde, die mehr als 2500 Mk. das Stück kosten. Für diese wird ein Zoll von 360 Mk. pro Stück erhoben, während für die anderen Pferde je nach dem Werte und der Bestimmung der Pferde 10, 20, 50, 72 und 120 Mk. pro Stück erhoben wird. Der reiche Mann, der sich teure Rennpferde hält, kann für diese auch hohen Zoll bezahlen, hieß es 1902 bei Schaffung des Wuchertarifes. Wieviel dieser Zoll auf Luxuspferde einbringt, kann man aus der Einfuhrstatistik ersehen. Die deutschen Pferdezüchter liefern nur einen Bruchteil des deutschen Bedarfs. Seit Inkrafttreten des Wuchertarifes, also seit dem 1. März 1906, bis zum 30. April 1909 wurden 389 909 Pferde in Deutschland eingeführt, darunter befanden sich 129, deren Wert auf mehr als 2500 Mk. angegeben wurde. Der Pferde Zoll brachte in den drei Jahren und zwei Monaten etwas mehr als 25 Millionen Mark. Hier von brachten die 129 Luxuspferde 46 440 Mk.; rechnet man den prozentualen Anteil des Zolles für Luxuspferde an dem Pferde Zoll, dann ergibt es die Summe von 18 1/2 Pfg. von je 100 Mk. Die billigeren Arbeitspferde und die sogenannte Mittelsorte mußten von je 100 Mk. 99 Mk. 81 1/2 Pfg. bezahlen. Eine ähnliche Wirkung haben alle sogenannten Luxussteuern und Luxussteuern. Das wissen die Agrarier und die Steuerechniker der Regierung und sie treten darum mit großem Eifer für diese Zölle und Steuern ein. Sie wissen, es kostet den Besitzenden nur wenig und es zieht doch sehr schön aus. Man kann sagen: Wir nehmen den reichen Leuten auch Geld ab.

Frankreich.

ac. Das Beamten-Gesetz. Soeben ist das von Briand ausgearbeitete Beamtenstatut erschienen, nachdem es dem Ministerrat in 6 Sitzungen beschäftigt hat. Das Gesetz zerfällt in zwei Teile: Der erste Teil zählt die Garantien auf, die die Beamten erhalten sollen, der zweite behandelt die Vereinigungen, zu denen sich die Beamten zusammenschließen können, um ihre Interessen zu vertreten. Man wird sich erinnern, daß die französischen Beamten sich namentlich beschwert fühlen, über die Ungerechtigkeiten im Avancement. Die neuen Minister bringen oft ganze Scharen ihrer Verwandten und Freunde mit, denen sie Kommandos und Einleiten zuweisen. Dann kommen die Abgeordneten, die ihren Freunden u. Wahlmännern einen Posten zu schenken möchten und deren Wünsche die Herren Minister nicht widerstehen mögen. Diese Mißstände sucht das Statut zu beseitigen. Für die Zulassung zum Dienst und für das Avancement sind in Zukunft nur Befähigung und Dienstalter ausschlaggebend. Das Avancement-Tableau wird alljährlich unter Mitwirkung von Vertretern der Beamtenklasse aus jeder Kategorie für jeden einzelnen Dienstzweig festgelegt.

Ein Strafen sind insgesamt 9 vorgesehen, von Ermahnung und Tadel bis herauf zur Entlassung. Die kleineren Strafen kann der Vorgesetzte verhängen, die schwereren, wie Zurückstellung im Avancement, werden vom Disziplinargericht der Beamten verhängt und vom Minister bestätigt. Die schwersten Strafen, Absetzung, Dienstentziehung auf Zeit, können nur von einem Verwaltungs-Gerichtshof ausgesprochen werden, der die Vorschläge des Ministers hört und sie bestätigen muß, wenn sie rechtmäßig werden sollen. Ueber diesen Gerichtshof steht eine Appellkammer und über dieser in letzter Instanz das Parlament.

Der zweite Teil enthält die Bestimmungen über die Form der Vereinigungen, welche die Beamten gründen können. Danach dürfen sich die Beamten einer Gehaltsklasse oder auch die eines ganzen Verwaltungszweiges verbinden, und erhalten Vorzugsrechte, können Vermögen erwerben usw. Die Bestimmungen erstrecken sich auch auf Kommunal- und Provinzial-Beamten.

Alle anderen Verbindungen aber, die zwischen den einzelnen Beamten-Verbänden, vor allem solche zwischen Beamtenvereine und Nichtbeamten-Vereine, sind verboten. Ein Anschluß von Beamtenvereinen an die Arbeiter-Vereine würde demnach unzulässig sein. Den Beamtenvereinen steht das Recht zu, als Vertreter ihrer Klasse mit ihren Vorgesetzten bis zum Minister zu unterhandeln.

Der Streik hebt alle Garantien auf, alle Disziplinarstrafen können dann ohne Mitwirkung des Disziplinarhofes vom Minister verhängt werden. Diejenigen Beamtenvereine, welche den Streik veranlaßt haben, können aufgelöst, die Vorstandsmitglieder mit Geld- und Gefängnisstrafe belegt werden.

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen des neuen Gesetzes, das in allerzürstester Zeit die Kammer beschäftigen wird. „Temps“ und „Debat“ beginnen schon jetzt gegen das Gesetz zu heben; namentlich sind ihnen die Bestimmungen über den Streik noch zu miß. Jede Autorität gehe zum Teufel, es sei die reinste Anarchie.

Rußland.

Saure Gurken. Wien, 31. Mai. Die „Montagsrevue“ will aus außerordentlicher Quelle die Nachricht über große Rüstungen Russlands erhalten haben. Die Geldnot in Petersburg sei zwar groß, aber die Bestellungen auf Waffen und Munition erfolgten mit langen Zahlungsterminen, und man hofft in der Zwischenzeit in Frankreich und England die notwendigen Anleihen abschließen zu können. Tatsächlich befinden sich russische Geldagenten in London, wo man auf die Unterstützung der Regierung rechne. Die besonderen Abmachungen

zwischen Rußland und England einerseits und Serbien andererseits liegen jedenfalls auf eine Aktion der genannten Mächte schließen.

Türkei.

Die Jungtürken an der Arbeit. Konstantinopel, 1. Juni. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Damaskus wurden dort zahlreiche reaktionäre Notabeln, die Mitglieder der Mohammedanischen Union waren, verhaftet. Fünf Baialone sind von Adrianopel nach Damaskus abgegangen.

Persien.

ac. Die persische Revolution. Nach Japan — China, nach Indien — Persien, überall auf dem Kontinente Bewegung, Umwälzung. Länder und Völker, die Jahrhunderte wie erstarrt auf ihrem Kulturstand stehen geblieben, werden hineingerissen in das Getriebe des modernen Kapitalismus.

Seit Monaten lesen wir von der persischen Revolution, und zwar sind es die widersprechendsten Nachrichten, die uns da aus allen möglichen, zum Teil aus ganz unkontrollierbaren Quellen zugehen. Immerhin war so viel sicher, daß eine energische, zielbewußte demokratische Minderheit vorhanden sein müsse, welche die Bewegung leitet. Jetzt erfahren wir aus authentischer Quelle, daß auch der Sozialismus in Persien nicht mehr unbekannt ist, ja, daß unsere Genossen die Kerntruppe der Revolutionäre bilden. Zwei persische Sozialisten, die Genossen Dr. Mirza Abdolrahman und Sadjid Rahim Jado halten sich zurzeit in Paris auf und die „Humanität“ veröffentlicht in der Form eines Interviews einige recht interessante Mitteilungen über die persische Revolution aus dem Munde der beiden Genannten. Die persische Revolution, so erklärten die Befragten, sei die Tochter der russischen Revolution. Die Erhebung des russischen Volkes habe befruchtend auch auf das geknechtete persische Volk gewirkt. Nachdem der Schah, russischen Einflüssen gehorchend, den Staatsstreik machte, habe sich das Volk erhoben, um seine Rechte zu verteidigen. Tabriz, eine Stadt von 200 000 Einwohnern, war der Hauptsitz der Revolution. Hier bemächtigten sich die Revolutionäre des Arsenals; außerdem erhielten sie Waffen von ihren russischen Freunden und so konnten sie die Stadt ein ganzes Jahr lang gegen die Truppen des Schahs halten. Schließlich sind die Russen dem Schah zu Hilfe gekommen, angeblich weil in Tabriz das Leben und Eigentum der Europäer gefährdet sei. Die beiden Genossen versichern aber, daß nirgends und zu keiner Zeit in Persien eine größere Ordnung und Sicherheit auch für die „Fremden“ geherrscht habe, als zur Zeit der Revolutionsherrschaft in Tabriz.

Das interessanteste aber ist, daß Persien bereits eine recht respektable sozialistische Bewegung hat. Die jungen Persier gehen nach der russischen Universalität Eifris, der Zentrale der sozialistischen Bewegung im Kaukasus. Dort nehmen sie die sozialistischen Lehren in sich auf und lehren als überzeugte Sozialisten in ihr Vaterland zurück. Ebenso find die persischen Arbeiter, die zu Tausenden nach Baku, der russischen Petroleumstadt gehen, wo sie das Gift des Sozialismus einsaugen. An den großen Streiks der Petroleumarbeiter, die vor einigen Jahren in Baku stattfanden, waren zahlreiche Persier beteiligt. Wir sind gekommen, so schloffen die beiden Genossen, im Namen aller demokratischen und revolutionären Parteien in Persien, um unsere sozialistischen Kameraden Europas aufzufordern, in den Parlamenten Frankreichs, Englands, Deutschlands usw. zum Nutzen eines Volkes, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, zu intervenieren.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 2. Juni.

Die Handelskammer zu Bielefeld hatte unterm 6. v. M. beim Staatssekretär des Reichspostamts beantragt, daß die Gutschrift der mittels Zahlungsanweisung angewiesenen Beträge auf Reichsbank-Girokonto der Empfänger nach Art des Verfahrens bei eingehenden Postanweisungen zugelassen werde. Auf diese Eingabe ist der Kammer folgender Bescheid zugegangen:

Von den Postfachämtern werden die durch Postcheck angewiesenen Beträge regelmäßig nur solchen Empfängern zur baren Auszahlung durch Zahlungsanweisung übermitteln, die kein Postcheckkonto besitzen. Ist der Empfänger dagegen Inhaber eines Postcheckkontos, so werden ihm die Beträge, sofern nicht etwa Verabreichung ausdrücklich verlangt ist, auf Konto zugeschrieben. Da hiernach die bare Auszahlung dadurch verhindert werden kann, daß die Empfänger von Zahlungsanweisungen sich ein Postcheckkonto eröffnen lassen, so wird grundsätzlich davon abgesehen, die Ueberweisung der Zahlungsanweisungsbeträge auf Reichsbank-Girokonto zuzulassen. Hierzu kommt noch folgende Erwägung. Die durch die Einführung des Postcheckwesens bewerkstelligte Verbesserung unseres Zahlungsverkehrs durch Einschränkung der baren Zahlungen kann nur dann erreicht werden, wenn der Postgiroverkehr, d. h. die Ueberweisung von einem Postcheckkonto auf ein anderes, einen größeren Umfang annimmt, was zur Voraussetzung hat, daß die Geschäfte, die einen größeren Zahlungsverkehr unterhalten, ein Postcheckkonto nehmen und sich am Postgiroverkehr beteiligen.

Balmin. Infolge der bekannten Anzeigen der Vereinigung deutscher Margarinefabrikanten gegen Detailisten, die das Wort Balmin auf das Schaufenster aufgemalt haben, ohne eine nähere Deklaration beizufügen, fand am 26. Mai eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Düsseldorf gegen etwa 40 Düsseldorf Detailisten statt. Die Verhandlung endete, wie nicht anders zu erwarten war, damit, daß sämtliche Detailisten freigesprochen wurden, weil eine Deklaration bei Balmin, das wieder Kunstseife nach Margarine ist, nicht erforderlich sei. Die gesamten Kosten, auch die der Verteidigung, wurden der Staatskasse auferlegt. — Damit ist durch richterliches Urteil bestätigt, daß bei jeder Art von Reklame das Wort Balmin ohne jede weitere Deklaration verwendet werden kann und daß es zum mindesten ein sehr übereiltes Vorgehen von Seiten der Vereinigung deutscher Margarinefabrikanten war, wenn sie Detailisten wegen dieser Sache mit Strafanzeigen belästigt hat.

Bielefelder Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Einen glänzenden Erfolg errang die Uraufführung des reizenden Lustspiels „Im Klubseff“ am ersten Pfingstfeiertage, und die heute stattfindende Wiederholung dieser lustigen Novität ist daher durchaus zu empfehlen. Morgen: die lustige Posse „Lotte Weißer“ zum zweiten Male.

Die Gemälde-Ausstellung des Kunstvereins ist gestern um 12 Uhr mittags im Stadttheater eröffnet worden. Wie kommen darauf noch zurück.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr an der Wallenmühle (Ende der Ravensbergerstraße). Jungens, ältere und jüngere, hatten es mit vereinteter Kraft verstanden, den mittleren Deckel des Eingangsschachtes zum Kanal zu öffnen, um die inneren Räumlichkeiten in Anwesenheit zu nehmen. Hierbei sind zwei Jungens in ihrer Unersahrenheit in der dort unten herrschenden Dunkelheit zu weit geraten und in den Schmutzwasser-Kanal gefallen. Wäh-

rend der eine der Knaben sich hat noch retten können, ist der andere, der 11jährige Sohn des Schlossers Büttmeyer, Spinnerstraße, von dem reißenden Wasser erfasst und mitgerissen worden. Auf dem Rieselbette in Deepen ist dann später seine Leiche gelandet, und nach Erlebigung der notwendigen behördlichen Feststellungen den bedauernswerten Eltern übergeben worden.

Wie war es möglich, daß dieser Unglücksfall vorkommen konnte? War alles in vorchriftsmäßiger Ordnung? Diese Fragen werden von allen Seiten aufgeworfen. Nach Ansicht des Schreibers dieses liegt insofern eine Unterlassungssünde vor, als daß der mittlere Deckel des Eingangsschachtes nicht verschlossen war, denn sonst hätte er von den Kindern nicht emporgehoben werden können. Andererseits ist es aber auch leicht erklärlich, daß über diese Notwendigkeit hinweggesehen worden ist, bedarf es doch einer tüchtigen Kraftanstrengung auch eines erwachsenen Menschen, um den eisernen Deckel aus seiner Lage zu bringen. Immerhin ist es unbegreiflich, daß die gefährliche Spielerei an dieser Stelle schon seit längerer Zeit getrieben werden konnte. Die Jungens haben nämlich ein ganz spezielles Vergnügen darin gefunden, den Schacht hinabzuheizen, das Statet zwischen den Schmutz- und Regenwasser zu überklettern und durch ein Verbindungsrohr nach dem Lutterbach den Ausgang zu suchen. An einer weniger einsamen Stelle wäre es ja unmöglich, daß Kinder derartigen Unfug betreiben könnten, sie würden von Erwachsenen sehr bald auf ihr unsinniges Tun hingewiesen werden. Aber gerade deshalb ist es doppelt erforderlich, an wenig belebten Straßen die größte Vorsicht zu üben. Selbst wenn der Deckel am Eingangsschacht an Wallenmühle fest verschlossen war, ist ein derartiger Unglücksfall nicht auszuschließen, fernermaßen die Jungens auch von der Lutter aus durch das erwähnte Rohr in den Eingangsschacht gelangen könnten. Fester Deckelverschluß und ein Gitter am Lutterkanal erschein uns erforderlich, um weitere Unglücksfälle zu verhüten.

Polizeibericht. Festgenommen wurden zwei Personen wegen Obdachlosigkeit, eine Person wegen Raubfahrverletzung und eine Person infolge Haftbefehls, eine Frauensperson wurde wegen Uebertretung sittenpolizeilicher Vorschriften in das Polizeigefängnis eingeliefert, 12 obdachlose Wanderer wurden im Polizeigefängnis untergebracht.

Spernung. Zwecks Vornahme von Wasserleitungsarbeiten wird die Detmolderstraße zwischen Viefeinfstraße und Teutoburgerstraße vom 2. bis 3. Juni für Fußverkehr gesperrt. Fernerhin die Klusstraße unterhalb des Weges am Sparenberg für den Verkehr gesperrt.

Diebstahl. Am Sonnabend, 29. Mai, mietete sich in einem Hause Herforderstr. 3 ein junger Mann ein, der am 30. Mai wieder verschwand, nachdem er mehrere Befehle erteilt worden, durchwühlt und 30 Mk. Bargeld aus einem unverschlossenen Rucksack entnommen hat. Der Täter ist etwa 27 Jahre alt, etwa 1,65–1,70 Meter groß, hellblond, hat hellblonden Schnurrbart und ist bekleidet mit blauem Jackettanzug, schwarzen Schnürschuhen, kleinem, schwarzem Filzhut, Stiefeln und weißer Wäsche. Angaben, die zur Ermittlung des Täters führen können, erbittet die Kriminalabteilung hier, Turnerstraße 4.

Gefunden: 1 Silbergürtel, 1 schwarzes Portemonnaie mit geringem Inhalt, 1 Paar weiße Militärhandschuhe.

Zugelaufen: 1 Rehpinscher.

Aufgefangen: 1 Kuh.

Verloren: 1 silberne Damenuhr mit Goldrand; 1 Reagenzglas und 1 Kneifer; 1 Brosche mit Kinderphotographie; 1 Brosche aus drei Awanjaspennestücken; 1 braune Brieftasche mit 3 Nähn; 1 silberne Damenuhr; 1 breiter goldener Trauring ohne Namen; 1 rotes Herrenportemonnaie mit 55 Mark und 1 Trauring; 1 schwarzes Täschchen mit Portemonnaie und 1 Brille Inhalt.

Versammlungen.

Bielefeld. Holzarbeiterverband. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der „Centralhalle“: Sitzung der Vertrauensmänner und Bezirkskassierer.

Bau- und Baulegierte. Donnerstag, 8. Juni, gleich nach Feierabend, in der „Centralhalle“: Sitzung.

Bünde. Verband der Zigarrenfortier und Ristenbelleher. Die Versammlung findet nicht am 5. Juni, sondern am 12. Juni, abends 9 Uhr, statt.

Detmold. Soz. Verein. Mittwoch, 2. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Vortrag des Genossen Paul Hannover über „Bibel und Babel“.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Versammlungen.

Detmold. Sonnabend, 5. Juni, abends 8 Uhr. T.D.: 1. Lohn- und Minimallohn. Ref.: Gauleiter Schlüter.

Blotz. Sonntag, 6. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Kasselmann. T.D.: 1. Die Aufgabe der Gewerkschaften. Ref.: Gauleiter Schlüter. 2. Stellungnahme zur Konferenz am 20. Juni.

* Heepen, 1. Juni. Erhängt aufgefunden wurde heute nachmittag im Gehöf des Landwirts Meier zu Heepen ein etwa 30 Jahre alter Mann. Der Tote ist 1,70 Meter groß, hat blonde Haare und Schnurrbart, ist unrasiert, trug dunklen Rock und Hose, weißen Strohhut mit breitem Rand und ziemlich abgelaufene Zugstiefel.

* Brake, 1. Juni. Bürgervereins-Waffen. Herr Julius Biemann hatte vorigen Sonntag seine Seele zu einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung zur Verfügung gestellt. Nach den Statuten mußte er deshalb aus dem Bürgerverein ausgeschlossen werden, was dann auch einstimmig geschah. — So zu lesen im „Gen.-Anz.“ Eine Selbstkritik. Dabei will der Verein die Interessen der gesamten Einwohner von Brake vertreten. Werden die sozialdemokratischen Einwohner nicht zu den Einwohnern gezählt? Lautet das Statut so, daß der, der unserer Partei seine Seele über sein Lokal zur Verfügung stellt, ausgeschlossen werden muß? Oder verlangt das Statut des Vereins der Braker Bürger allgemein die Befähigung der Sozialdemokratie? Dann vertritt der Verein nicht die Interessen der gesamten Einwohner, sondern nur die Interessen seiner Mitglieder. Wie er sie vertritt, ersehen wir an dem Ausschluß obigen Mitgliedes. Damit hat der Verein auch denen die Augen geöffnet, die bisher noch glaubten, der Verein diene doch den Interessen der Gemeinde. Der Vorgang beweist ferner jedem denkenden Arbeiter, daß der Verein nicht gewillt ist, dem Fortschritt die Wege zu bahnen, sondern dem Rückschritt hulldigt. Bisher waren die Arbeiter den Vereinsmachern als Staffage und Stimmvieh noch immer willkommen. Sobald aber die Arbeiter selbständig denken und vorgehen, zeigen die Schuh-, Möbel-, Honig-, Brot-, Spirit- und sonstige Wacher ihr wahres Gesicht. Nun, es ist auch gut so. Dadurch werden die Ansichten geklärt. Wir wissen jetzt, wo unsere Freunde nicht zu suchen sind. Das Vorgehen des Vereins ist das Vorbild für die kommenden Herbst stattfindende Gemeinderatswahl. Mögen die Arbeiter die richtigen Lehren daraus ziehen.

Der internationale Tag der Arbeiterinnen findet am Freitag, 11. Juni, in der Stadt Detmold statt.

Der Kongress der Bergarbeiterverbände der deutschen und französischen Gewerkschaften wird am Freitag, 11. Juni, in der Stadt Detmold stattfinden.

Eröffnet wurde der internationale Tag der Arbeiterinnen am Freitag, 11. Juni, in der Stadt Detmold.

Für die Gewerkschaften in der Stadt Detmold sind am Freitag, 11. Juni, folgende Veranstaltungen geplant:

300 000 auf 18. Juni, der internationale Tag der Arbeiterinnen, führt habe, daß ständen, als die Ländern. — W. Gefangenein.

Sodann über der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Marxvil. Forderungen d die so viel von in diesem Ein politisch, for Im Namen

der englischen nationalen Kon Ed war d. s. Zeit von vor 11. der alte Geist für die Vergarbeiter, daß hier auf fehlen. Alle Ar. Obgleich viele nur ein Wunsch Frieden. Wenn auf unseren Ko drud zu geben u wir schon sehr n der Arbeiter un tion, jetzt ist d. Mögen die Ar. ideale erfüllt se.

Ihm folgt arbeiter und A der Worte des allein dem Pr. Zusammenkunft Kongress diene an und vermei friedlichen Gel. Wenn man schiedsgerichtl dahin kommen, und die Kultur ganz aufhöre. Entschädigung durch die Ver gressen es dah ein einzigen.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 125.

Bielefeld, Mittwoch, 2. Juni 1909.

20. Jahrg.

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Berlin, 31. Mai.

Der internationale Bergarbeiterkongress, der Sonntag vormittag 1/2 11 Uhr im Gewerkschaftshause eröffnet wurde, gestaltete sich in seiner Eröffnungssitzung zu einer wirksamen Friedensdemonstration.

Der Kongress ist besetzt von 37 Delegierten des Deutschen Bergarbeiterverbandes, 7 vom polnischen und 1 vom tschechischen Gewerkschaften, 12 österreichischen, 8 belgischen, 6 französischen und circa 60 englischen Delegierten.

Eröffnet wurde der Kongress von dem Genossen Ritter, Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission. In seiner Begrüßungsrede weist Ritter auf das außerordentlich starke Wachstum der Berliner Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der letzten 15 Jahre hin, seitdem der letzte internationale Bergarbeiterkongress hier tagte.

Für die Generalkommission der Gewerkschaften begrüßt Genosse Sassenbach den Kongress. Er verweist darauf, daß die deutschen Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren von 300 000 auf 1 800 000 angewachsen sind. Im weiteren feiert er die internationale Vereinigung der Arbeiter, die dahin geführt habe, daß die Arbeiter der ganzen Welt sich viel näher ständen, als die Arbeiter und Unternehmer in den einzelnen Ländern. — Vor und nach diesen Begrüßungsreden trug der Gesangsverein „Liberty“ Begrüßungslieder vor.

Sodann übernimmt den Vorsitz für heute der Vorsitzende der englischen Bergarbeiterföderation und Vorsitzende des internationalen Komitees, Mitglied des englischen Parlaments Edwards. In seiner Begrüßungsrede erinnert er an die Zeit von vor 15 Jahren; seitdem habe sich viel geändert, aber der alte Geist sei auf die Jungen übergegangen. Überall seien die Bergarbeiterorganisationen gewachsen; zu bedauern sei nur, daß hier auf dem internationalen Kongress die Amerikaner fehlten. Alle Arbeiter fühlten sich von einem Bande umschlungen. Obgleich viele störende Elemente dazwischen treten, beherzige nur ein Wunsch die Herzen aller Proletariats: Der Wunsch nach Frieden. Wenn wir schließlich nichts anderes mehr erreichen auf unseren Kongressen, als dem Gedanken des Friedens Ausdruck zu geben und ihn auf eine feste Basis zu bringen, so haben wir schon sehr viel erreicht. Die Förderung der Lebenshaltung der Arbeiter war der ursprüngliche Zweck unserer Organisation, jetzt ist der wesentliche Zweck die Förderung des Friedens. Mögen die Arbeiter bald mit dem Frieden auch ihre Jugendideale erfüllt sehen.

Ihm folgt Goniaux, Vertreter der französischen Bergarbeiter und Mitglied der Deputiertenkammer. Er freut sich der Worte des Friedens, die hier gesprochen worden sind. Nicht allein dem Problem des Berufs, sondern dem internationalen Zusammenschluß, der Förderung der Friedensfrage soll unser Kongress dienen. Er schließt sich den Ausführungen Edwards an und verweist nur darauf, welcher großer Fortschritt mit der friedlichen Erledigung der Casablanca-Affäre gemacht sei. Wenn man sich bemühe, internationale Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege zu regeln, dann würden wir auch bald dahin kommen, daß die Kämpfe, die die Völker niederdrücken und die Kultur vernichten, eingeschränkt werden und schließlich ganz aufhören. In diesem Sinne betrachte er die Casablanca-Entscheidung als einen erheblichen Fortschritt. Er hoffe, daß durch die Verbrüderung der Arbeiter auf internationalen Kongressen es dahin komme, daß sich die Arbeiter aller Länder zu einem einzigen Verbande verschmelzen.

Marville-Belgien schließt sich den demonstrativen Forderungen des Weltfriedens an, und verweist darauf, daß sie, die so viel von den deutschen Arbeitern gelernt haben, schon stets in diesem Sinne gewirkt haben. Sie erstreben nicht nur den politischen, sondern auch den sozialen Frieden.

Im Namen der deutschen Bergarbeiter spricht der Vorsitzende

des Bergarbeiterverbandes Sasse. Er verweist auf das furchtbare Radbod-Unglück und auf den mangelhaften Bergarbeiterbeschutz in Deutschland; die Regierung siehe allen Forderungen der Arbeiter feindlich gegenüber. Übergehend zu den Friedenskundgebungen der anderen Nationen bemerkt Redner, daß die deutschen organisierten Arbeiter nicht nur Friedensfreunde seien, sondern sie wirkten auch für Abrüstung. Auf der Tagesordnung dieses Kongresses siehe zwar nicht der Punkt „Krieg und Frieden“, aber das sei nicht mit Rücksicht auf die Regierung geschehen, sondern wir stehen auf dem Standpunkt, daß Gewerkschaftskongresse sich nicht mit Politik beschäftigen sollten. Das Betrübnis müßte eingestellt werden, denn wo soll es hinführen, wenn der Reichtum der Nation für Kriegszwecke verbraucht würde. Jeder ehrliche Mann müsse sich dem Friedensgedanken anschließen. Er schließt seine Rede mit einem herzlichen „Glück auf“.

Bei der Uebernahme des Teiles der Sassenbachs Rede, die sich mit der Friedensidee beschäftigt, wurde besonders von den Engländern lebhafter Beifall geäußert.

Carolus-Oesterreich führt aus, daß die österreichischen Arbeiter alles getan haben, was im Rahmen der österreichischen Vereins- und Pressefreiheit möglich war, für den Frieden zu wirken. Wenn es wegen Serbien nicht zum Kriege gekommen ist, so wäre das kein Verdienst der österreichischen Protestanten, sondern ein Verdienst des friedensfördernden Volkes.

Der Kongress wird vermutlich bis Freitag dauern. Die Tagesordnung beschäftigt sich mit der Sicherheit der Gruben, Anstellung von Arbeiterkontrollen, Alters- und Unfallversicherung, Kinderarbeit, Frauenarbeit, geistlichem Aufwachen, Minimallohn, Regelung der Produktion, Strafwesen, Verstaatlichung der Bergwerke, Internationalen Festtag der Bergarbeiter, jährliche Ferien, Verkaufspreise und Profit.

9. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Die Generalversammlung trat am 2. Pfingsttag im Gewerkschaftshause zu Hamburg zusammen. Neben wichtigen Fragen der gewerkschaftlichen Taktik, die durch die Vorgänge in Siedin und Mannheim brennend geworden sind, steht die Frage der Stillestandes im Vordergrund der Erörterung.

Die Statutenkommission erledigte bereits in der vorigen Woche die umfangreichen Vorarbeiten, zu denen auch die Sichtung der vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsbereiches der an Streiks und Auspöhrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern.

Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verflochtenen Geschäftsperiode in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Metallindustrie betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 10 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinerlei Lohneinkommen — eine befriedigende.

Die Mitgliederzahl stieg von 335 075 auf 362 673; der kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weit gemacht. Die nach wie vor sehr starke Fluktuation hält der Vorstand für „eine vorläufig unvermeidliche Erscheinung“. Enorme Summen wurden für Unterstützungszwecke verausgabt: 1907: 3 917 355,12 M., 1908: 7 126 544,15 M. Die Zahl der Unterstützungsempfänger betrug 1907: 134 503, 1908: 193 255; die Unterstützung pro Kopf der Empfänger 1907: 29,02 M., 1908: 36,37 M. Für die Weiterführung der Erwerbslosenunterstützung hält der Vorstand, da vom Grundfonds und den inzwischen erzielten Einnahmen nur noch 414 757 M. übrig sind, eine Beitragserhöhung für unumgänglich. Für Rechtschutz wurden 131 764,31 M. verausgabt. Auch für Kampfszwecke wurden große Aufwendungen gemacht werden; 1907: 2 283 304

Mark, 1908: 1 030 172 Mark. Das Vermögen des Verbandes belief sich 1907 auf 5 606 906,36 M., 1908 auf 5 883 291,39 Mark. Tarifverträge bestanden 1907: 393 für 100 698 Personen in 11 443 Betrieben, 1908: 375 für 91 570 Personen in 11 169 Betrieben. Das Verbandsorgan, das im 26. Jahre erscheint, hatte 1907: 380 100, 1908: 383 800 Auflage.

In der Begrüßungsansprache hob Franz-Hamburg die großen Leistungen der Hamburger Metallarbeiter auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisations- und Zentralisationsbestrebungen und ihre rege Tätigkeit im politischen Kampfe hervor, der Hamburg zur Hochburg der Sozialdemokratie machte, trotz Vallin, Blohm, Mend und Reismüh. Er hoffe, daß in der Waffenschmiede der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter Hamburgs der Verbandstag das Rüstzeug so schärfen werde, daß man auch künftige Kämpfe gegen mächtige Feinde in Ehren bestehen könne.

Verbandsvorsitzender Schlieke betonte Hamburgs Charakter als Welthandelsstadt und Kulturvermittlerin, wenn auch neben den Riesenerzeugnissen modernen Verkehrs schwimmende Festungen auf den Bersten zeigten, wie viel uns noch trotz aller technischen Vervollständigung fehle, um wahre Kulturträger zu sein.

Der Verband habe eine schwere Krise hinter sich, die Mißgunst und Mißtrauen erweckt habe. Jetzt gelte es, besonnen zu sein, schädliche Beschlüsse zu vermeiden und den Verband auszubauen gegen künftige wirtschaftliche Krisen. Sachlich und ruhig prüfen, müsse die Generalversammlung ihre Aufgaben lösen, daß man sagen könne: Sie war der besten eine!

Erner-Oesterreich wies auf die schädlichen Wirkungen des Nationalitätenhaders und der von tschechischer Seite betriebenen Gewerkschafts-Autonomie hin und sprach die Erwartung aus, daß bald die Einsicht siegen werde, daß alle Arbeiter sich durch gemeinsame Organisation gegen Ausbeutung schützen müssen.

Bugh-England führt aus, daß Englands Gewerkschaftler nach kontinentalem Muster gewerkschaftliche Erfolge politisch zu sichern lernen. Der alte Trade-Unionismus sterbe ab, die neue Bewegung konzentriere sich auf den Klassenkampf. Die Arbeiterpartei unter Keir Hardie, Macdonald, Snowden u. a. vollziehe die Einigung von Gewerkschaften und politischer Partei, so daß die Arbeiter heute große Erfolge hätten im Unterhause, wo sich alles so sehr um Sozialreform und Arbeiterbestrebungen drehe, daß man das Budget Lloyd Georges schon als „Budget der roten Plage“ stigmatisiert habe. Die Trade-Unionisten seien heftige Gegner der maritimen Politik und der verheerenden Jingo-Preß und wünschten als aufrichtige Friedensfreunde keinen Krieg, sondern gute Beziehungen, namentlich zu Deutschland, weil sie sich eins fühlen mit den Proletariats des Kontinents.

Steiniger-Schweiz zeigte, wie die kapitalistische Entwicklung der „freien“ Schweiz zu Antifreiheit und Polizeiatacken auf Arbeiter führe und dazu zwingt, die praktische Betätigung des internationalen Gedanken an die Stelle des platonischen zu setzen. Früher sei den „vaterlandslosen“ Gewerkschaften vorgeworfen, sie bezögen die Parole aus Berlin, heute bezögen die Unternehmer nicht nur die Parole, sondern auch die Arbeitswilligen vom Arbeitgeberverband in Berlin. Die gebührende Ausnutzung der vorhandenen politischen Freiheiten durch die Schweizer Arbeiter werde erst eintreten können, wenn sie sich durch die Gewerkschaften wirtschaftliche Freiheit erkämpft hätten.

Dr. med. Nordwegen schilderte, daß auch seine kleine, auf dem Industriemarkt bedeutungslos Nation soziale Misstände und Kälte kenne. Durch den politischen Einfluß der relativ starken Organisation sei erreicht, daß der Staat ein Drittel der Arbeitslosen-Unterstützung vergütete. Bei den Reichstagswahlen im Herbst, an denen auch die Frauen teilnehmen, erwarte man eine Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate.

Janßen-Holland zeigte, welche Leidensgeschichte in seinem Lande die Bewegung infolge industrialistischer Treibereien durchgemacht. In all den unsäglichen Schwierigkeiten hätten

Verbundene Augen.

Roman von Max Kreker.

(Nachdruck verboten.)

24

II.

In den Gerichtsjahren wollte Trolle seine Braut den Angehörigen in der Heimat vorstellen. Emmy freute sich schon kindisch darauf, die Bekanntschaft von Mutter und Schwester des Geliebten zu machen, als alle ihre Hoffnungen darauf jäh wieder vernichtet wurden.

„Wir können nicht reisen, es ist unmöglich“, sagte Trolle eines Morgens zu ihr, nachdem er am Abend vorher schon alle Dispositionen getroffen hatte. Da er ihr seit dem Tage, wo sie sich ihre Liebe gestanden hatten, niemals etwas verschwiegen hatte, so zog er sie sofort in sein Vertrauen. Es war ein ganz merkwürdiger Brief von Hause eingetroffen. Die Mutter fragte über gewisse Dinge an, vor deren Erörterung ihm im Geheimen längst gebannt hatte.

Artur habe ihr eine ganz schreckliche Enthüllung gemacht, zu der sie nicht wußte, was sie sagen sollte, wenn es sich so verhielte. Ob es wahr wäre, daß die Familie Dankelberg sehr anständig sei und sein zukünftiger Schwiegervater zu den sogenannten Geldvermittlern gehöre, die unreinliche Geschäfte machten?

„Mein Sohn, reiß dich los, löse das Verhältnis mit Anstand, bevor es zu spät für dich ist. Lieber will ich das Letzte für dich hingeben, um dich vor der Verbindung mit einer Familie zu bewahren, die unserer unwürdig ist und mit der wir keinen Verkehr haben können. Bedenke deine ganze Karriere, vergiß nicht, was dein Vater war und daß dein Bruder Offizier ist. Artur ist außer sich. Ich kann nur annehmen, daß du mit einer Vinde vor den Augen in dein Unglück gerannt bist. — Du mit deinen Idealen und deiner vornehmen Gesinnung!“

Kein Wort war hinzugefügt, daß man das „Brautpaar“ nach wie vor erwarte. Es wäre auch nicht nötig gewesen, denn Trolle las zwischen den Zeilen, daß man ihm wohl nicht mehr zumuten werde, die Tochter eines solchen Vaters in den Schöß seiner Familie zu führen.

Wollig bleich geworden, die Lippen aufeinander gepreßt, hatte Emmy den Brief gelesen. Sie sagte kein Wort, aber plötzlich zog sie den Verlobungsring vom Finger, legte ihn vor ihm auf den Tisch und wandte sich ab, um sich die mühsam heraufbrachten Tränen zu verbeißen.

Mit erstarrter Stimme sagte sie endlich: „Ich wußte ja, daß es

so kommen würde. Du bist frei. Niemals sollst du meinethwegen deine Mutter verlieren.“

Sie wollte gehen, er aber schloß sie stürmisch in seine Arme und küßte ihr die Tränen von den Augen. Es war, als hätte er sie nur prüfen wollen, um die Selbstlosigkeit ihrer Liebe auf die Probe zu stellen. Nein, nein — niemals würde er von ihr lassen. Wie sie das nur denken konnte! Er habe ihr den Brief nur gezeigt, um sich mit keinem Geheimnis vor ihr herumzutragen. Wenn sie jetzt auf die Reife verzichtete, wolle, sei er schon zufrieden.

Sie lächelte unter Tränen und war beruhigt. Wenn dieser schöne Traum, sich in der Achtung seiner Mutter sonnen zu dürfen, auch vorläufig aus sein sollte, so wollte sie sich doch trösten mit der Hoffnung auf die Zukunft. Er stimmte ihr darin bei, wenn auch mit Empörung im Herzen.

Sein Stolz war verletzt. Dieser Groll gegen seine Mutter regte sich in ihm, daß sie ihm plötzlich arbeitslos diese Freude verdorben hatte; noch mehr aber gegen Artur, an dem er wahrhaftig wie ein Bruder gehandelt hatte.

Dank vom Hause Trolle! Er lachte laut auf und hatte zum erstenmal dunkel die Empfindung, daß plötzlich etwas zwischen ihm und seine Familie getreten sei, daß ihn ihr entfremden könnte. Dann wieder, in Stunden reißender Ueberlegung, war er milder gestimmt, neigte er dem Gedanken zu, man könnte Emmy verleumdet haben, so daß man sie für unwürdig halte, seine Frau zu werden. Aber dann wäre es Pflicht gewesen, sie erst zu sehen, sie kennen zu lernen, bevor man auch den Stab über sie bräche.

Es blieb dabei, sie reisten nicht.

Zum ersten Male verlebte er die großen Ferien in Berlin. Mit dünnen Worten hatte er nach Hause geschrieben, daß „gewisse Dinge“ ihn zwängen, von seinem Besuche Abstand zu nehmen. Er überließ es ihnen, zwischen den Zeilen zu lesen, wie er es getan hatte. Sein Trost hatte sich mächtig in ihm aufgebaut und ihm den Mut dazu gegeben.

Merkwürdig war, daß die Mutter dagegen durchaus nichts einzuwenden hatte. Die Erwidrerung klang herzlich wie immer, aber in ihrer Offenheit blieb sie dieselbe: wenn er das Gerücht über die Familie seiner Braut nicht widerlegen könne, dann wäre es schon besser, man bliebe vor Enttäuschung bewahrt.

Dagegen zeigte Frau Dankelberg sich außerordentlich über- rascht. Sie hatte durch Emmy die nötigen Andeutungen erhalten und blähte sich nun wie ein angegriffener Pfau, der sich seines Wertes bewußt ist.

„Aber besser Herr Felix, das hätten wir doch nicht erwartet!“

sagte sie aufgeregt. „Das ist ja geradezu eine Beleidigung für uns. Ich habe Sie gewiß sehr gern, aber man vergißt in Hannover ganz, was wir für Ihren Bruder getan haben.“

„Leider“, gab Trolle mit Aufrichtigkeit zurück. „Um so weniger will ich es vergessen. Deshalb bin ich eben zu stolz, Emmy zu Hause aufzudrängen.“

Im übrigen sei das jedenfalls nur ein Mißverständnis, das sich wohl bald auflären werde, fügte er hinzu.

Sie war schnell beruhigt, denn seine milde Gesinnung bewog sie immer. Schließlich war es ja auch die Hauptfache, daß er ebenfalls hier blieb. So hatten sie eigentlich den Sieg doch auf ihrer Seite.

Dankelberg jedoch verhielt sich sehr zurückhaltend. Er ging Trolle geflissentlich aus dem Wege, als hätte er ein böses Geheimnis. Nur im Geheimen gab er seinen „Zeni“ zum besten, wie seine Frau sich ausdrückte. „Verriech, was ist denn da weiter, Mutter“, sagte er. „Wenn die hochmütige Sippe von uns nichts wissen will, brauchen wir von ihr auch nichts zu wissen. Sie werden schon kommen. Du weißt ja — wer's meiste Geld hat, der hält's aus.“

In dieser Beziehung war er seiner Sache sicher, denn er hatte bereits erfahren, daß Lieutenant Trolle auch diesmal den Wechsel nicht werde einlösen können. Es mußte also mit der „reichen Braut“ noch etwas weit im Felde sein.

Endlich geriet er aber doch mit Trolle zusammen. Dieser hatte sich schon längst vorgenommen, ihn einmal ganz offen zu stellen, und so sagte er eines Abends, als sie sich unter vier Augen befanden: „Gestatten Sie mir eine etwas delikate Frage, Herr Dankelberg. Wie steht es mit Ihrem Sohne Eduard? Hat er wirklich so schlimme Dinge gemacht, daß Sie sich seiner schämen müssen?“

Wie ich nun einmal zu Ihrer Familie stehe, habe ich wohl eine gewisse Berechtigung zu dieser Frage.“

Dankelberg geriet durchaus nicht in Verlegenheit. Er hatte sich schon längst darauf vorbereitet und daher gehörig gewappnet mit jenem Blick, der immer vorbeiglimmt, wenn er es mit der Wahrheit nicht genau nahm, erwiderte er ganz gemächlich: „Da können Sie beruhigt sein, lieber Doktor. Ich nenne Sie schon Doktor, weil Sie ihn doch noch machen müssen. Ja, das müssen Sie. Bei einem Rechtsanwalt zieht der Doktor immer mehr. . . Was also Sie betrifft, der ist drüben in Amerika. Da kann er tagsüber arbeiten und abends die Flöte spielen. Sie müssen nämlich wissen, daß der Junge die Flöte spielt, und nicht schlecht. Mein Vater spielte sie auch. . . Zu uns darf er nicht mehr kommen, das weiß er. Also rechnen Sie mit einem toten Schwager.“

Die Unschärfe des Lichts nach Osten gebildet, von wo das Licht kam, und gelernt, ohne den Mut zu verlieren zu arbeiten und vorwärts zu kommen. Heute sei der Jan Ungeheuer, der Syndikalismus, abgeschüttelt; man fange an zu arbeiten, wie die Deutschen, wissend, daß nicht in Kämpfen der größte Mut liege, sondern daß sich in Mäßigung und rechtzeitiger Anwendung der Kräfte die Kunst des Meisters zeige.

Scheffels (Maschinist) und Lange (Schmied) betonten namens ihrer Verbände Notwendigkeit und Möglichkeit gemeinsamen Arbeitens.

Resümierend stellt Schilde fest, daß das Bild überall gleich sei: „Hier Arbeiter — hier Unternehmer!“ In England greife moderner Geist Platz, in Österreich gehe es trotz Sprachschwierigkeiten weiter, in der Schweiz schaffe man Ausnahmegeetze und „Knüppel“ mit der Volkswirtschaft nieder, ganz wie anderswo! Das schweize die Arbeiter im nationalen Rahmen zu starken Organisationen zusammen und zwingen sie gleichzeitig, bessere internationale Verständigung zu suchen.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission sind anwesend 181 Delegierte, 15 Bezirksleiter, 4 Vorstands-, 1 Ausschuss- und 2 Redaktionsmitglieder, 2 Mitglieder der Kommission betr. Stabsbeiträge, 1 Vertreter der Generalkommission und 7 ausländische Gäste. Abgelehnt wurde als statutenwidrig die Zulassung eines neben den Delegierten von Mannheim von den Streik-Arbeitern entsandten Genossen, für dessen Zulassung ein Mannheimer Delegierter mit der Begründung eintrat, nach dem Streik hätten sich die Arbeiter des Streikwerkes nicht ganz einwandfrei benommen.

(Montag nachmittag.)

Hansen-Dänemark gab seiner Freude über die gewaltige Entwicklung des deutschen Verbandes seit Einführung der Erwerbslosenunterstützung Ausdruck und schilderte die Organisationsverhältnisse seiner Heimat, bemerkenswert ist, daß die dortigen Tarife auf Kollektivvereinbarungen mit festen Preis- und Lohnkurven beruhen, und daß zur Arbeitslosenunterstützung der Staat ein Drittel, die Gemeinde ein Sechstel beitragen.

Schilde erstattete den Vorstandsbericht. Das in statistischen Erhebungen gewonnene Material sei leider nicht zur Veröffentlichung geeignet, weil es ein falsches Bild geben würde. So etwas sei eben leichter beschaffen als durchgeführt. Die Ortsverbände müßten eifrig mithelfen, eventuell unter Zuziehung von Ausschüßkräften, wenn sie selbst, was häufig vorkomme, überlastet seien. Durch ungenügende Beachtung des Statuts hinsichtlich der Unterstützungen sei der Verband um etwa 10 000 M. geschädigt worden. Eine „Finanzreform“ werde sich angesichts der Belastung des Verbandes kaum vermeiden lassen. Die Namen „Stettin“ und „Mannheim“ seien bei den Wahlen zum Verbandstage Schlagworte gewesen. Solche Dinge sollte man leidenschaftslos und objektiv behandeln. „Wer die Wollt hat, hat das Recht“, das sollte man nicht vergessen. Dem Vorstande sei Mangel an proletarischem Gefühl vorzuerwerfen. Wenn es auf Gefühl ankäme, wären 99 von 100 Kämpfen gewonnen. Bei den hier strittigen Kämpfen sei leider die Macht auf Seiten der Unternehmer gewesen. In Stettin, das sich zunächst in Abwehrstellung befand, sei man zu Forderungen übergegangen, verfassend, daß dem Tarifverträge entgegenstünden. Die Mieter seien jung in der Bewegung gewesen, in die erst durch Ausdehnung der Vereinbarung auf das Ostseegebiet Leben gekommen sei; ihnen seien milde Umstände zuzubilligen, weil ihnen die gewerkschaftliche Schulung fehle. Die Zeitung habe sich redliche Mühe gegeben, die Sache nicht fehlgehen zu lassen, aber sie sei nicht gehört, ja förmlich von den Kollegen boykottiert worden. Der Vorstand habe Beachtung des Statuts verlangen müssen, wollte er nicht seine Pflicht verletzen. „Schlechte Beispiele verderben gute Sitten“ — so sei Mannheim gefolgt.

Es sei ein schlimmer Fehler, daß bei Ausbruch von Kämpfen sich der Kollegen häufig eine starke Nervosität bemächtige. Dann könnten sie oft eine ruhige Rede nicht ertragen. Unter solchen Umständen sei es besser, man zehe nicht in den Streik. Werde zum Kampf geblasen, stehe man mitten drin, so herrliche großer Mut, eine Stimmung, als könne man alles erobern. Aber selbst wenn der Kampf mit Durchführung der Forderung beendet sei, lasse der Mut nach, sonst könnten nicht so viele Tarifbrüche passieren, denen eben von den betreffenden Kollegen kein Widerstand entgegenzusetzen werde. Von diesen müsse man aber auch verlangen, daß sie sich um Lohn und Arbeitsbedingung vor Arbeitsantritt kümmern, statt abzuwarten, was der Montag bringt. Sonst müsse man trotz gewonnenen Kampfes stets wieder von vorn anfangen. Viele Kollegen scheinen noch heute auf dem Standpunkt zu stehen, den man vor 18 Jahren einnahm, daß nur durch Streiks etwas herausgeschlagen werde. Der Kampf sollte aber doch nur ultimo ratio sein, wenn alles andere verlaßt. In Mannheim habe man von vornherein mit langem Kampf gerechnet; der Vorstand habe zugestimmt, wochen-

lang sei ohne Mißstimmung gekochten worden. Als dann die Unternehmer ihre Maßnahmen rückgängig gemacht, habe es geheißen: „Sie halten ihr Wort nicht“. Das hätte man unbedingt erst abwarten müssen. Nun habe der Vorstand sich fragen müssen: Soll eine so große Ausperrung plangreifen? Diese wäre nach den bisherigen Erfahrungen in der Metallindustrie erfolgt; das habe klar auf der Hand gelegen. Sie hätten Tausende aus Pflaster geworfen, um nach Wochen und Monaten die Werksstätten zu öffnen, damit ein Wettlauf zu diesen stattfinden. Das wäre ein großer Schaden für den Verband geworden. Der Vorstand habe also eingreifen müssen, um den Schaden abzuwenden. Ein Teil der Mannheimer Kollegen habe sich beruhigt, es heiße aber, die Art des Eingreifens habe „Empörung ausgelöst“. In Mannheim habe die nötige Ruhe eben gefehlt. Es sei die Preisfrage gestellt: „Ist der Vorstand berechtigt, die Genehmigung zu einem Streik zu erteilen über einen solchen aufzuheben?“ Das Recht stehe dem Vorstand unzweifelhaft zu. Das Statut sei dazu da, eingehalten zu werden. Als nach Einreichung einer Resolution, die die Kündigung des Geschäftsführers Schneider und einen Rüssel gegen den Hauptvorstand enthielt, Substantiierung dieser Vorwürfe verlangt sei, habe man erwidert, das gehe den Vorstand nichts an. Zu solchen Ungerechtigkeiten dürfe man sich nicht versteigen. Gebrannt mußte werden, weil ein Ueberfluß an Heizern war. Redner schilderte die bekannten Vorgänge in Mannheim, wo sich jetzt „passive Resistenz“ in vermindelter Zahl der geleisteten Beiträge bemerkbar mache. Bei allen diesen Vorgängen sei zu beachten, daß der Bezirk doch nur einen Teil des Gesamtverbandes bilde, dessen Interessen man nicht aus den Augen lassen dürfe. Das sei vergessen. Auch in der Presse sei von Verletzung der Grundzüge der Demokratie geredet worden. Was in Mannheim geschehen, habe mit der Demokratie nichts gemein; deren Prinzip verlange Unterordnung unter das Wohl der Gesamtheit. Was häufig als Demokratie auf den Markt kommt, sei nichts als Demagogie! In den distalsten Verbandsfragen müsse der Zentralvorstand das Entscheidungsrecht haben; zur Abänderung der diesbezüglichen statutarischen Bestimmungen liege kein Anlaß vor. Wollte man in der nächsten Zeit für die Arbeiter etwas erreichen, so bedürfe es einer festen Schlachtreihe, eines gesunden Körpers, das nicht bei erster Gelegenheit „aus dem Kleister gehe“. Eine objektive Prüfung der Verhältnisse vor dem Kampf sei nötig, sonst laufe die Organisation Gefahr. Schlimm sei es aber, wenn man einen Beamten fortjage, der seine Pflicht erfülle und seine Meinung ehrlich vertrete. Wer sich so weit verliere, habe kein Recht, in gleichem Maße den Unternehmern Vorwürfe zu machen. Die Generalversammlung habe nun die Entscheidung. Der Vorstand habe sich bemüht, in schwieriger Lage den Verband so zu führen, daß er seine Stärke wahrte, stets habe er das Allgemeinwohl über das Einzelwohl gestellt. Und nur dadurch werde der Verband vorwärts gebracht.

Weißig erstattete den Bericht des Ausschusses, dessen Arbeiten sich nicht verringert haben.

(Dienstag.)

In der Debatte über den Vorstandsbericht spielten Stettin-Mannheim resp. die Taktik bei Kämpfen die Hauptrolle. Die Mannheim-Ludwigshafener Delegierten suchten die Ursachen der Empörung ihrer Kollegen zu begründen. Durch fortgesetzte Vortragsfähigkeit der Unternehmer sei Mißtrauen gegen die späteren Versprechungen erzeugt. Besondere Enttäuschung habe es erregt, daß der Vorstand Beschlüsse fahre ohne Befragung der örtlichen Instanzen. Die Kündigung der Beamten sei nur ein „Vorstoß“ gewesen und nicht statutengemäß erfolgt. Der Vorstand habe eigenmächtig gehandelt, die Folge sei Mißstimmung und Mitgliederabgang. Nicht entschuldbar sei, daß die Arbeiter nach dem Streik dem Verbande den Rücken kehrten.

Dittmann-Hamburg bekämpfte scharf das ganze System, mit dem die meisten Mitglieder unzufrieden seien: die Selbstherrlichkeit der Zeitung, die unwürdige Bevormundung der Kollegen. Diese wollten vorwärts, der Vorstand sei stolz auf seine Bremsen, zaudere dem Feinde gegenüber, zeige Mangel an Initiative und trete schneidig gegen die Mitglieder auf. Die Bezirksleiter seien vom Vorstand abhängige Janissaren; sie müßten gelegentlich zur Wiederrwahl gestellt werden. Weiter wandte sich Redner gegen dünkeltige Behandlung der Partei, Bevorzugung einer gewissen Parteirichtung und beschlußwidrige Vorentstimmung von Parteivorstand und Generalkommission. In Mannheim habe der Absolutismus seinen Gipfelpunkt erreicht. Die „ehelichen Wäcker“ barbarisierten die Arbeiter nur über den Köpf. Es sei höchst undemokratisch, daß ein halbes Dutzend Vorstandsmitglieder über den ganzen Verband entscheide. Bedauerlich sei es, daß trotz des Willens der Mitglieder der Mannheimer Beamte noch auf dem Posten bleibe. Die bisherige Taktik des Vorstandes habe kläglich Schiffbruch

gelitten; der Verband sei ein Sumpf, über dem wie ein Irrlicht die Tarifgemeinschaft schwebte. Das Wort „Eijphusarbeit“ habe eine gewisse Berechtigung. Der heutige Zustand müsse durch Veränderung des Statuts beseitigt werden.

Dittmann-Hannau meint, die Form des Kampfabbruchs in Mannheim habe über den Ort hinaus ungünstig gewirkt und das Vertrauen zur Organisation erschüttert. Künftig dürften nicht nur die Kämpfenden allein urteilen, es müßten auch die eventuell in Mitleidenenschaft Geratenden rechtzeitig zur Entscheidung herangezogen werden. Ein Teil der ungeheuren Verantwortung müsse auf die Massen übertragen werden. Zur Budgetfrage (Kalender) sagte Redner, man müsse das Einigende suchen und dürfe nicht anders denkende Mitglieder vor den Kopf stoßen.

Bühl-Griesheim behandelt die formelle und taktische Seite der beiden strittigen Punkte. Er ist der Ansicht, daß im Mannheimer Fall die örtlichen Instanzen hätten hinzugezogen werden müssen, dann hätten sich die Dinge nicht so zugespielt. Bis zum Ablauf des Ultimatums der Unternehmer sei hinreichend Zeit gewesen, den Kollegen die Sache klar zu machen. Was ist denn mehr wert: ein paar tausend Mark oder das Vertrauen von einigen tausend Kollegen zu verlieren? Eine derartige Taktik liege nicht im Interesse der Kollegen. Das Vertrauen zum Verbande werde mit dem Augenblick wiederkehren, wenn die Generalversammlung erklärt: Die Maßnahme des Vorstandes war nicht richtig! Was die formelle Seite anlangt, so vermöge er im Statut nirgends eine Bestimmung zu entdecken, wonach dem Vorstande das Recht zustehe, eigenmächtig einen Streik aufzuheben. Den Erklärungen einer so terroristischen Direktion, wie die des Streikwerkes, könne man doch nicht ohne weiteres glauben. In Frankfurt a. M. habe die Maßnahme des Vorstandes große Entrüstungen ausgelöst, so daß wir alle Mühe hatten, die Leute zu halten.

Maffatich (Vorstandsmitglied) gibt eine eingehende Schilderung der Mannheimer Differenzpunkte. All die hier erteilten Ratschläge seien schon vor Beginn des Streiks beachtet worden. Durch das starre Verhalten der Direktion des Streikwerkes sei die Situation herausgefordert worden; als die Monopolstellung dieses Werkes abließ, ging sie mit den Lohnabzügen vor. Man war sich sofort in den beteiligten Kreisen klar, daß es zum Kampfe kommen würde, obwohl auch Befürchtungen ausgesprochen wurden, daß der Abwehrkampf ergebnislos verlaufen würde. Aus tatsächlichen Gründen habe man diese Ansicht nicht laut werden lassen. Es wurde damals auch gesagt, daß die Kollegen eventuell ohne Zustimmung des Vorstandes in den Streik eintreten würden, was ein schlimmer Verstoß gegen die gewerkschaftliche Disziplin gewesen wäre. Auch die „Dirse“ saaten, es wäre wohl wenig Aussicht auf Erfolg, aber der Kampf müsse aufgenommen werden. Durch die gemachten Anekdäntnisse haben wir mehr herausgeholt, als Eingeweihte herauszuholen erlaubt haben. Schlechte Taktiker, die sahen, die Ausperrung komme doch einmal. Den günstigen Zeitpunkt für einen großen Kampf wählte man sich doch selbst! Die in Betracht kommenden örtlichen Faktoren seien über den Stand der Dinge wohl informiert gewesen, wie in Nr. 5 des Verbandsorgans nachzulesen sei. Es hätten dann der Oberbürgermeister und der Gewerbeinspektor sich erboten, die Vermittlung zu übernehmen, die zurückzuweisen keine Ursache vorzulegen habe. Die dem Vorstande gemachten Vorwürfe seien haltlos; um die angedrohte Massenausperrung abzuwenden, habe man sich zur Aufhebung entschließen müssen. Redner erteilt dann die Differenzpunkte in Stettin und bezeichnet das dort veröffentlichte Flugblatt als Kollektivarbeit der Kollegen. Aus dieser Situation heraus sei die Erklärung abgegeben worden, daß Streikunterstützung nicht zur Auszahlung käme, falls die Kollegen bei ihrem Vorhaben beharrten.

Böller-Reimscheid heftt das Vorgehen des Vorstandes gut, diesem müßten in solchen Fällen die nötigen Nachbefugnisse zu Gebote stehen.

Deckelmann-Kranenthal vertritt die gleiche Ansicht und schildert anschaulich die Mannheimer Vorfälle, die leider dazu geführt hätten, daß Hunderte von Kollegen dem Verbande den Rücken kehrten. Allerdings befinden sich viele darunter, die aus Mißverständnissen bestehen, denen das ein willkommener Anlaß war, sich der Beitragszahlung zu entziehen. Ein Vorschlag, wie die unliebsamen Dinge anders hätten werden behandelt müssen, sei hier auch nicht gemacht worden.

Schilde macht die traurige Mitteilung von dem Absterben des langjährigen Redakteurs der „Holzarbeiter-Zeitung“, Deinhart, dem er einen warmen Nachruf widmet. Zu Ehren des Verstorbenen erheben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Zu der voranschreitend in Hamburg erfolgenden Beisetzung des Verstorbenen wird eine bestimmte Delegation des Verbandstages entsandt werden.

Von den Himmelererscheinungen im Juni.

Von Georg Kästner in Bremen. (Nachdr. verb.)

Wir steuern schon wieder mit vollen Segeln in den Sommer hinein, nachdem die Natur gerade erst ihr grünes Kleid angezogen. Der Höhepunkt des pulsierenden organischen Lebens ist so bald schon wieder erreicht, denn am 22. Juni ist Sommeranfang; die Sonne erreicht schon wieder ihren höchsten Stand und wendet sich bereits der südlichen Wanderung zu. Der Ernte zuweilen, muß die irdische Natur schon wieder zusehen, wie es bergab geht. Nur schade, daß es immer so schnell geschieht, daß die Zeit des neigenden Mai nicht länger dauert, denn sie ist wohl die reizvollste, die die Natur in unseren Gegenden bietet. Wie im Vorjahr, so verzeichnen wir auch jetzt wieder im Juni eine Sonnenfinsternis, die aber in unseren Gegenden unsichtbar ist. Sie beschäfigt sich uns deshalb hier nicht weiter. Die neuerdings abgeschlossenen Untersuchungen über die Umdrehung der Sonne, welche die Beobachter der Mt. Wilson-Sonnenwarte in Kalifornien angestellt, haben ergeben, daß die Rotation im ganzen gleichmäßig erfolgt und sich nicht verändert. In den verschiedenen Gaschichten ist sie allerdings verschieden. In hohen Breiten sind die Unterschiede stärker ausgeprägt, weil da schon verhältnismäßig geringe Abweichungen sich leicht bemerkbar machen. In der Nachbarschaft der Sonnenwarte treten jedoch erhebliche Störungen der Umdrehungszeit auf.

Auch der Mond verfinstert sich in diesem Monat. Dieser in den Morgenstunden des 4. Juni sich ereignende Vorkall wird auch bei uns zu sehen sein. In der nordöstlichen Hälfte Deutschlands geht der Mond bereits vor dem Ende der Finsternis unter.

Gelegentlich der Beobachtung der Sonnenfinsternis vom 3. Januar vorigen Jahres durch die Astronomen der Lichtwarte auf der Himmelsburg wurde auch nach sogenannten intramerkuriellen Planeten gesucht, d. h. Planeten, die etwa innerhalb der Merkurbahn um die Sonne kreisen. Die Beobachtung der Sonne wurde im Solarmesser von ungefähr 25 Vollmondsbreiten durch 8 photographische Apparate photogra-

Neunte Arbeiter

Am ersten „Ballhof“ zu kämpfen um als Vorzeichen Jena gewählt. Grunzel aus dem vi. Redner schildert entfaltete wurde entwickelt, um hält er die wendige Agitation voll erkennen tigen, über die Er verbreitet gen, die planl. Vorstand sich Agitationskon. Streikbrecher führt er Kl. nach dem wir es schlimm in dorigen Koll. gegeben wurde lohnung und der Glasarbe. zu entschuldig. tarischen Best über gewisse bei denen es berammung statt habe. stand verweig dürfen nicht lang werden, bier verlassen die anlässlich Vorstand erh. der ihre Pfl. Anrempelung tag zum Wok seine Ausfüh. Den Kass. Einnahmen Markt. Als Arbeitslose Streikunter. Umzugsim. Sterbeunte. Wächnerin. Maßregelun. Rechtschutz. Bibliothek. Agitation. Ueberrahm. Verstellung. 1. Juli Streikunter. schäften. Nachdem richte gegeben. verschoben.

Die Kri der

Ein auf schafften, der schiedener Ar die Reform i ten vom Re. phiert. Auf viele 8. und nicht mehr f so daß man Sonne ab fe. Auch 1901 gebnis. Die W. Monat kein wird wieder zu sehen w. sichtbar. Witternacht im Laufe d. der so lange Mitte des J. ist am End kommt endl. Er wird in Morgens in 1 1/2 Stunden.

Der R. Annäherung Sternwarte. scheinungen das Interes das rasche d. noch bis in wird bei un. Unterzange. Die S. von mehrer Beobachter April in 1. ihnen waren Ein andere Herr J. nebel u. floschig un. Spiralebe. Sternhaufe. Arme find. nen, so daß

em wie ein Zerstückt
t „Siphonarbeit“
Zustand müsse
den.
des Kampfabbruchs
günstig gewirkt unl
t. Künftig dürften
es müßten auch die
eigentlich zur Ent
der ungeheuren
ragen werden. Zur
müsse das Einigenbe
Mitglieder vor den
neue und taktische
der Ansicht, daß im
hätten hinzugezogen
nicht so zugegriffen.
Unternehmer sei hin
klare klar zu machen.
Markt oder das Ver
lieren? Eine der
kollegen. Das Ver
blick wiederkehren,
die Maßnahme des
müsse Seite anlangt,
Bestimmung zu ent
aufsehe, eigenmächtig
einer so terroristi
s, könne man doch
rt a. M. habe die
ungen ausgelöst, so
alten.
t eine eingehende
nte. All die hier
un des Streiks be
hatten der Direktion
beschuldungen worden;
es, ging sie mit den
in den beteiligten
würde, obwohl auch
er Unrechtskampf er
Gründen habe man
wurde damals auch
stimmung des Vor
ein schlimmer Ver
eines wäre. Auch
Ausblick auf Erfolg,
den. Durch die ge
rausacholt, als Ein
schlechte Taktik, die
al. Den günstigen
man sich doch selbst!
oren seien über den
wie in Nr. 5 des
den dann der Ober
erboten, die Ver
keine Urkunde vor
Vorwürfe seien
errung abzuwenden,
müssen. Redner er
bezeichnet das dort
der Kollegen. Aus
abgegeben worden,
ung käme, falls die
hen des Vorstandes
nötigen Nachbeseuf
die gleiche Ansicht
Vorfälle, die leider
legen dem Verban
sch viele darunter, die
willkommener Unf
en. Ein Vorfall, a
n werden behandelt
n.
ung von dem Ableben
ter-„Zeitung“, Deim
ent. Zu Ehren des
von ihren Plätzen.
enden Beisehung des
ation des Verbandes.

Neunte Generalversammlung der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

kr. Hannover, 30. Mai.
(Erster Verhandlungstag.)

Am ersten Pfingsttage traten die Glasarbeiter im Saale des „Ballhof“ zusammen, um auf neue die Lichtlinien in den Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu zeichnen. Als Vorsitzende wurden Girbig-Berlin und Schuchard-Jena gewählt, als Schriftführer die Kollegen Dehmke und Grünzel. Girbig ergänzte den gedruckten Geschäftsbericht, aus dem wir bereits im Vorbericht einen Auszug brachten. Redner schilderte die Agitation, die in den einzelnen Distrikten entfaltet wurde; die Bewegung hat sich stellenweise recht spontan entwickelt, um die Organisationsversuche der Kollegen zu stützen, hält er die Einsetzung der Gauleiter für eine unerlässliche Notwendigkeit. Scharfe Kritik übt er an der Arbeit der verschiedenen Agitationskommissionen, die leider oft ihre Aufgabe nicht voll erkennen und sich, statt sich mit der Kleinarbeit zu beschäftigen, über die Verlegung des Verbands-Sitzes usw. unterhalten. Er verbreitet sich dann über die Streiks und Arbeitseinstellungen, die planlos inszeniert werden. Bei einem derselben zog der Vorstand sich die besondere Mißbilligung des Altmann-Agitationskomitees zu, weil er einen Streik ausloste, der durch Streikbrecher total ausbleiben gemacht worden war. Ferner führt er Klage, daß noch immer Kollegen ihre Beiträge nicht nach dem wirklichen Verdienst zahlen, besonders in Bayern steht es schlimm in dieser Beziehung, obgleich allen Wünschen der dortigen Kollegen auf Agitation usw. vom Vorstand stets stattgegeben wurde. Redner schildert sodann die erbärmliche Entlohnung und die dadurch entstandene miserable Lebenshaltung der Glasarbeiter. Durch diese sei es erklärlich, wenn auch nicht zu entschuldigen, wenn die Kollegen nicht immer nach den statistischen Bestimmungen handeln. Redner verbreitet sich dann über gewisse Vorkommnisse in Braubach-Deuben und Jena, bei denen es sich herausgestellt habe, daß die Penzinger Generalversammlung den Verbandsauschuß mit zu viel Rechten ausgestattet habe. (Es handelt sich um die Zuerkennung der vom Vorstand verweigerten Streikunterstützung.) Disziplinlose Streiks dürfen nicht mehr geführt werden. Auch muß entschieden verlangt werden, daß ledige Kollegen bei Lohnbewegungen das Gebiet verlassen. Redner wendet sich gegen die Verdächtigungen, die anlässlich der Regelung der Gehaltsverhältnisse gegen den Vorstand erhoben wurden und betont, daß alle Vorstandsmitglieder ihre Pflicht und Schulpflicht getan haben und seiner diese Anrempelungen verdiene. Mit dem Wunsche, daß der Verbandstag zum Wohle der Glasarbeiter arbeiten möge, schließt Girbig seine Ausführungen.

Den Kassenbericht ergänzt Kollege Hamann-Berlin. Die Einnahmen betragen 668 862 Mark, die Ausgaben 597 653 Mark. Als Hauptausgabenposten seien folgende genannt:

Streikunterstützung	124 293 Mark
Arbeitslosenunterstützung	166 039 "
Umzugsunterstützung (in 214 Fällen)	9 719 "
Sterbeunterstützung (in 107 Fällen)	5 606 "
Wöchnerinnenunterstützung (in 72 Fällen)	576 "
Wohlfahrtsunterstützung	12 470 "
Rechtschutzkosten	9 145 "
Bibliotheksausgaben	3 280 "
Agitation 1907	14 064 "
Agitation 1908	13 473 "
Ueberrahme des „Fachsogen“	7 000 "
Herstellungskosten des „Fachsogen“ vom 1. Juli 1906 bis Schluß 1908	28 834 "
Streikunterstützung an andere Gewerkschaften	2 100 "

Nachdem Aushauß, Redakteur und Präskommission ihre Berichte gegeben haben, wird die Debatte auf den nächsten Tag verschoben.

Die Kritik der Berufsvereinigungen an der Reichsversicherungsordnung.

Ein außerordentlicher Verbandstag der Berufsvereinigungen, der am 26. v. M. in Berlin tagte, nahm in sehr entschiedener Weise Stellung zu dem Entwurf der Regierung über die Reform der Arbeiterversicherung. Der Veranstaltung wohnten vom Reichsamt des Innern Ministerialdirektor Casper und phiert. Auf den Platten sind 506 Sterne enthalten, von denen viele 8. und 9. Größe sind, die also mit dem bloßen Auge lange nicht mehr sichtbar sind. Alle Sterne ergaben sich als bekannt, so daß man annehmen muß, daß bis zu jener Grenze von der Sonne ab kein neuer Planet existiert, der heller ist als 8. Größe. Auch 1901 und 1905 gelangte man zu diesem negativen Ergebnis.

Die Welt der großen Planeten zeigt in diesem Monat keine günstigen Beobachtungsgelegenheiten. Merkur wird wieder unsichtbar, nachdem er im Mai ausnehmend günstig zu sehen war, die Venus ist 1/4—1/2 Stunde als Abendstern sichtbar. Mars geht in der zweiten Hälfte des Monats um Mitternacht herum auf und die Dauer seiner Sichtbarkeit nimmt im Laufe des Monats bis auf 2 1/2 Stunden zu. Jupiter, der so lange die Hauptzierde des Sternenhimmels war, geht von Mitte des Monats an bereits in den Abendstunden unter und ist am Ende nur noch eine Stunde lang sichtbar. Saturn kommt endlich wieder in eine günstigere Beobachtungsperiode. Er wird in den ersten Tagen des Monats auf kurze Zeit des Morgens im Osten sichtbar, am Ende des Monats ist er schon 1 1/2 Stunden vor Tagesanbruch zu sehen.

Der Komet Morehouse ist, nachdem er die größte Annäherung an die Sonne erreicht hat, auf mehreren südlichen Sternwarten beobachtet worden. Auch die merkwürdigen Erscheinungen an seinem Schweife, die schon vergangenen Herbst das Interesse der wissenschaftlichen Welt stark auf sich lenkten, das rasche Entstehen und Vergehen zahlreicher schmaler Streifen und das Hervorbereiten einzelner Verdichtungsstellen, haben noch bis in den März 1909 hinein angehalten. Der Komet wird bei uns wegen seines südlichen Standes und wegen seines Unterganges vor der Sonne nicht sichtbar sein.

Die Sternschnuppenstürme aus dem 25. und 26. April einzutreffen pflegen, sind in Belien von mehreren Beobachtern systematisch überwacht worden. Drei Beobachter in Antwerpen haben am 15., 17., 19., 20. und 21. April in 15 1/2 Stunden 122 Sternschnuppen gesehen. Unter ihnen waren 26 gleich hell oder heller als Sterne erster Größe. Ein anderer Beobachter zählte in 11 Stunden 49 Meteore.

Herr Jath auf der Licksternwarte hat den Andromeda-Nebel und eine Reihe anderer Spiralnebel spektroskopisch untersucht. Aus den Untersuchungen folgt, daß die Spiralnebel oder wenigstens ihre zentralen Teile, die Kerne, Sternhaufen sein müssen. Die bei den Nebeln ausstrahlenden Arme sind zu schwach, um sie spektroskopisch untersuchen zu können, so daß sich darüber nichts auszusagen läßt.

dem Reichsversicherungsamt Geheimrat Gieseler bei; außerdem waren einige Reichstagsabgeordnete eingeladen und erschienen, n. a. die Abgeordneten Pauli-Berlin, Stresemann und Genoffe. Robert Schmidt vom Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht und nahm einen sehr entschiedenen oppositionellen Standpunkt gegen die Regierungsvorlage ein. Rünf Referenten, die über die einzelnen Abschnitte der Vorlage sprachen, sprachen nicht mit ihren oft recht herben Angriffen gegen die Stellung der Regierung, und was die Referenten verurteilten, das holte reichlich die Diskussion nach. Befriedigt waren die Herren von den Veränderungen, die die Berufsvereinigungen berühren, nicht. Vor allem wiegen sie jede Vermischung einer anderen Instanz bei der Rentenfestsetzung oder Rentenherabsetzung zurück.

Das Versicherungsamt, das nach der Vorlage der Regierung die ersten Erhebungen über Rentenansprüche vornehmen soll, wurde als eine Einrichtung erachtet, die keine Gnade vor den Augen der Herren in den Berufsvereinigungen finden kann. Man witterte in dieser Machtbefugnis des Versicherungsamtes einen Eingriff in die Selbstverwaltung, d. h. Selbstherrlichkeit in der Rentenfestsetzung der Berufsvereinigungen. Die Herren konnten sich dabei auf das vorzügliche Lob über ihre bisherige Tätigkeit, das ihnen vom Reichsversicherungsamt in den Jahresberichten gesendet wurde, berufen. Einer Mitwirkung der Arbeiter an der Rentenfestsetzung sprach man jede Berechtigung ab. Direktor Meesmann bezeichnete die Mitwirkung der Arbeiter in der Invalidenversicherung als recht überflüssig nach den bisherigen Erfahrungen, und die neue Einrichtung für die Berufsvereinigungen bedinge nur eine neue unproduktive Ausgabe in der Arbeiterversicherung.

Den Bemühungen, das Reichsversicherungsamt zu entlasten, stimmte man zu, man ging aber nicht soweit, wie die Regierungsvorlage, das Reichsversicherungsamt als Rekursinstanz vollständig aufzuheben. Wie weit die Rekursinstanz für die Arbeiter aufgehoben werden soll, darüber ließe sich nach im einzelnen reden. Zudem dürfte sich die Justizart der Arbeiter zur Bestimmung, daß Renten von 20 Prozent auf längere Zeit und in Abständen festgesetzt werden können. Sehr entschieden mißbilligte aber derselbe Redner die neue Begriffsbestimmung über Erwerbsbeeinträchtigung. Nach der Vorlage soll auf die Ausbildung des Arbeiters bei der Rentenabmessung Rücksicht genommen werden, und erwerbs, welche Arbeit dem Verletzten im Hinblick auf seine Ausbildung noch zugemutet werden kann. Man befürchtet hier, daß die Berufsinvaldität eingeführt werden könnte und verlangt deshalb die Beibehaltung der bisherigen Auslegung der Erwerbsbeeinträchtigung, die keine Rücksicht nimmt auf die besondere soziale Stellung des Verletzten. Dagegen wandte man sich dagegen, daß die Rente ruht, sobald der Verletzte wieder den Verdienst wie vor dem Unfall erreicht. Eine solche Bestimmung würde nach Meinung des Referenten vielfach zu einer minderen Ausnutzung der Arbeitsfähigkeit des Verletzten führen, denn jeder Mehrverdienst des Verletzten käme ja nur der Berufsvereinschaft zu fließen. Man ver sprach sich schon bei der bisherigen Rechtfertigung eine genügende Berücksichtigung der Lohnverhältnisse bei Herabsetzung der Rente. — Im Zusammenhang damit wollte man nichts davon wissen, daß der Arbeiter die ihm von der Berufsvereinschaft nachgewiesene Arbeit annehmen muß, denn damit würde nur bei den Arbeitern, denen sich keine Gelegenheit bietet, die falsche Vorstellung erweckt, er müsse von der Berufsvereinschaft auch Arbeit erhalten, wenn sich keine Gelegenheit zur Arbeit bietet. Die Ueberrahme dieser Verpflichtung erheben den Herren doch sehr bedenklich. Die Herabsetzung des Rentenbetrags löste bei den Herren große Verwirrung aus, die Berufsvereinschaften leben hier nach jahrelangen Bemühungen ihre Wünsche in Erfüllung gehen.

Die Ueberwachung der Unfallversicherungsordnungen wollen die Berufsvereinschaften selbst in der Hand behalten. Direktor Schanitz von der Seeverkehrsvereinschaft lobte die humane Meinung der Unternehmer, Unfälle zu verhüten, man müsse sich deshalb sehr gegen die Absicht der Vorlage wenden, den Arbeitern ein Stück Aufsichtsberechtigung zu übertragen. Das hieße, die Arbeiterkontrollen einführen. Und da für solche Posten in der Regel Sozialdemokraten gewählt würden, öffne man der sozialdemokratischen Agitation im Betriebe Tür und Tor. — Auch dem Versicherungsamt will der Redner jede Befugnis absprechen, in diese Sphäre der Verwaltungstätigkeit der Berufsvereinschaften einzugreifen. Der Seeverkehrsvereinschaft stand es nach den bisherigen Erfahrungen wohl am wenigsten an, diese Einwände zu erheben, denn aus ihrem Kreise stammt ja der berühmte Ausspruch in bezug auf die Herbeiführung der Unfallversicherungsordnungen: „Die Welt will betrogen sein.“

Herr Direktor Casper vom Reichsamt des Innern hatte gegenüber diesen Angriffen einen schweren Standpunkt, und seine Bemühungen, den Herren klarzumachen, daß sie in ihrer Kritik zu weit gehen und doch verschiedene Uebelstände bei der Rentenfestsetzung bekannt seien, begegnete nur einem allgemeinen, lebhaften Widerspruch in der Versammlung. In der nachfolgenden Diskussion trat ein Redner nach dem anderen mit großer Schärfe gegen die Ausführungen des Referenten vom Reichsamt des Innern auf. Herr Baurat Felsch sah in der Reichsversicherungsordnung einen Schlag gegen die Selbstverwaltung der Berufsvereinschaften. Der Arbeiter sei nicht der wirtschaftlich schwächere Teil, sondern der Mittelsstand, der auch in der Berufsvereinschaft stark vertreten sei. Die Berufsvereinschaften müssen deshalb jede neue Belastung ablehnen. Baurat Jung, der Vorsitzende einer Eisen- und Stahlvereinschaft, beschwor die Regierung in hochtönenden Worten, wieder zu den Motiven zurückzukehren, die bei Schaffung der Unfallversicherungsgehalte maßgebend waren. „Ich glaube“ — so führte der Redner mit starker Betonung aus — „die Regierung treibt heute ein gefährliches Spiel. Wir sind ihr bisher willig gefolgt; wenn sie aber unsere guten Absichten verkennt, dann werden wir uns zurückziehen. Die Folgen, die daraus entstehen, mag sie sich selbst klar machen.“ — Noch entschiedener äußert sich Zimmermeister Nieß-Braunschweig, der Vorsitzende der Hannoverischen Bauvereinsvereinschaft. Er sieht in der Vorlage einen schweren Eingriff in die Verwaltungsangelegenheiten der Berufsvereinschaften. Nachdem Graf Posadowski mit seinen Diktaturgeboten zurückgetreten ist, läßt er zu seinem Erstaunen, daß die Regierung wieder darauf zurückkomme. Nicht mit Unrecht wende sich dieser Redner gegen die Bevormundung der staatlichen Vertriebe, die der Aufsicht über die Innehaltung der Unfallversicherungsordnungen nicht unterstellt werden sollen. Der Redner kontruiert hier ein Sonderrecht gegenüber der Privatindustrie, wofür jede Begründung fehle.

Nach dieser Debatte wurden dann einstimmig die sehr umfangreichen Thesen, die im Sinne der Referate gehalten waren, von der Versammlung angenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen kann man dahin zusammenfassen, daß das Wenige, was die Vorlage zugunsten der Arbeiter enthält, von den Berufsvereinschaften abgelehnt wird und die Nachteile, die für die Arbeiter aus der Vorlage entspringen, freudige Zustimmung fanden.

Parteinachrichten.

Der diesjährige Parteitag wird vom 12. bis 18. September in Leipzig tagen. Parteivorstand und Kontrollkommission haben als vorläufige Tagesordnung festgesetzt: 1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes. Berichterstatter: S. Mollenhuth, A. Gerisch. 2. Bericht der Kontrollen. Berichterstatter: A. Kaden. 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: R. Ledebour. 4. Bericht der Kommission wegen Änderung des Organisationsstatuts. Berichterstatter: Fr. Ebert. 5. Parteiführer. Berichterstatter: R. Fischer. 6. Reichsversicherungsordnung. a) Allgemeine und Krankenversicherung. Berichterstatter: G. Bauer. b) Unfallversicherung. Berichterstatter: Robert Schmidt, c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Berichterstatter: L. Zick. 7. Internationaler Kongress in Kopenhagen. Berichterstatter: Paul Singer. 8. Sonstige Vorträge. 9. Wahl des Parteivorstandes,

der Kontrollkommission und des Orts, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Zur nächsten Landtagswahl. Eine Parteiverammlung des 37. ländlichen Landtagswahlkreises Niederhavelau stellte den Genossen Karl Sinder mann einstimmig als Kandidaten auf. Diesen Wahlkreis hat bisher Genosse Goldstein im Landtag vertreten.

Vom Straßkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines katholischen Facharbeiters wurde Genosse Feldmann-Langenbielau vom „Proletarier im Gulengebirge“ durch das Schöffengericht zu Schweidnitz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ernst Deinhardt f. Der Redakteur der „Holzarbeiter-Ztg.“, Ernst Deinhardt, ist am ersten Pfingstfesttage gestorben. Er ist nur 37 Jahre alt geworden, aber er hat in seiner kurzen Lebensdauer sich manche Verdienste um die Arbeiterbewegung im allgemeinen und um die Holzarbeiterorganisation im besonderen erworben. Seine Laufbahn in der Arbeiterbewegung begann er Anfangs der 90er Jahre in Köln, wo ihm verschiedene Vertrauensämter in der Partei und Gewerkschaft übertragen wurden. So war er eine Zeitlang Mitglied und auch Vorsitzender der Präskommission der „Rheinischen Zeitung“. Im Jahre 1898 siedelte er nach Elberfeld über, wo er Mitarbeiter der „Freien Presse“ war. Im folgenden Jahre trat er in die Redaktion der „Freien Presse“ in Stralsburg i. E. ein. Er vertauschte diesen Posten im Jahre 1900 mit der Stellung eines Redakteurs der „Holzarbeiterzeitung“ in Hornburg. Als dieses Gewerkschaftsblatt zu Beginn des Jahres 1905 nach Stuttgart überfiedelte, übernahm Deinhardt seine Leitung, und er hat es verstanden, das ihm anvertraute Organ zu einem der bedeutendsten Gewerkschaftsblätter auszugestalten.

Körperlich war Deinhardt schon sehr lange leidend. Im Jahre 1903 mußte ihm infolge einer tuberkulösen Knochenkrankung ein Bein amputiert werden. Aber trotz dieser Behinderung seiner körperlichen Bewegungsfähigkeit war er ein eifriger Agitator. Er war ein tüchtiger Redner, der bei den Gewerkschaftlern ebenso beliebt war, wie bei den Parteigenossen. In Rheinland-Westfalen, an der Westfronte und auch in Württemberg, seinen früheren Wirkungskreisen, erfreute er sich als politischer Agitator einer großen Beliebtheit. — In den letzten Monaten konnte er als Redner nicht mehr öffentlich hervortreten. Nun ist er dieser irdischen Krankheit erlegen. Das, was Deinhardt für die Arbeiterbewegung geleistet hat, sichert ihm ein dauerndes, ehrenvolles Andenken.

Der Fabrikarbeiterverband hatte im Krisenjahr 1908 ebenfalls einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl sank um 3250 Mitglieder gegenüber dem Vorjahre, sie betrug am Jahreschlusse 133 635. Immerhin war der Rückgang diesmal prozentual bedeutend geringer als im Krisenjahr 1902. Während damals der Rückgang 6 Prozent ausmachte, betrug er diesmal nur 2 1/2 Prozent. Beachtenswert ist übrigens, daß der Rückgang nicht auf Vermehrung der Austritte, sondern auf Verminderung der Eintritte zurückgeführt werden muß. Der beste Beweis dafür, daß die schlechte Wirtschaftslage die gewerkschaftliche Agitation erschwert, Trost bietet die Finanzlage des Verbandes ein erfreuliches Bild. Die Einnahmen sind um 50 000 Mk. gestiegen. Unter den Ausgaben zeigen die für Unterhaltungen — mit Ausnahme der für die Streikunterstützung — eine starke Zunahme. Die Steigerung des Ausgabenpostens betrug 250 000 Mark. Für die Erwerbslosenunterstützung wurden allein 295 478 Mk. mehr ausgegeben. Wie nachhaltig die Krise noch in diesem Jahre wirkt, geht daraus hervor, daß die Ausgaben allein für die Erwerbslosenunterstützung im ersten Quartal dieses Jahres höher sind als die gesamten Einnahmen des Quartals. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahreschlusse 1 697 053 Mk., das sind rund 385 000 Mark mehr als im Vorjahre. Einen freudigen Ausblick für die Entwicklung des Verbandes in diesem Jahre gibt die Mitteilung, daß der Verband allein in der letzten Woche eine Zunahme von 1000 Mitgliedern zu verzeichnen hatte.

Berechtigte Kritik ist freigelegt! „Arbeiter, kommt in die Versammlung, um über die tiefstaurigen Zustände unterrichtet zu werden.“ Dieser Satz lag einer Beleidigungsklage zugrunde, die eine Schneiderfirma in Remmingen gegen den dortigen Genossen Renner als Unterzeichner eines Versammlungsinferats angestrengt hatte, weil die Firma der Ansicht war, daß es bei ihr tiefstaurige Zustände nicht gäbe. Vor dem dortigen Schöffengericht wurde der Beweis erbracht, daß die Arbeiter bei einem Durchschnittsverdienst von 2,50 Mk. pro Tag auch noch die Fortn. liefern müssen. Daraufhin erkannte das Gericht auf Freisprechung mit der Begründung, daß ein Tagelohn von 2,50 Mk. bei Lieferungen der Fortnituren durch den Arbeiter tatsächlich zur Kritik herausfordere; außerdem komme dem Beklagten, Gewerkschaftsführer Renner, auch noch der Schutz des § 193 Str.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) zugute.

Verbandsverschmelzung. Der Verband der Portefeuerer vollzieht mit Ende des Monats Juni die Verschmelzung mit dem Verban der Sattler. Damit stellt auch die „Portefeuerzeitung“ ihr Erscheinen ein. Das am 2. Juli neuerseheinende gemeinsame Organ betitelt sich dann: „Sattler- und Portefeuerzeitung“. Der bisherige Vorsitzende des Portefeuerverbandes, Genosse Weinschild, wird zweiter Vorsitzender des neuen Verbandes; erster Vorsitzender bleibt der bisherige Vorsitzende des Sattlerverbandes, Genosse Blum. Das Bureau des Verbandes befindet sich ab Ende Juni: Berlin SO., Bräudenstraße 10b.

Der Zentralverband der Schmiede hat, wie manche andre Organisation, unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden gehabt. Die Mitgliederzahl war am Ende des verfloßenen Jahres um rund 500 geringer als am Ende des Vorjahres. Allerdings hat das erste Quartal des laufenden Jahres bereits wieder einen erheblichen Mitgliederzuwachs gebracht, so daß angenommen werden kann, daß der frühere Mitgliederstand schon wieder erreicht ist oder doch bald erreicht sein wird. Die Unterhaltungen für Arbeitslosigkeit, für Umzug und für Wandernde sind von 35 695,50 Mark im Jahre 1907 auf 89 038,81 Mark gestiegen. Dagegen die Steigerung der Ausgabenpostitionen ungünstig auf die Finanzlage des Verbandes einwirkend hat, betrug das Verbandsvermögen am Schlusse des letzten Jahres 253 335 Mark über rund 15,35 Mark pro Mitglied. Im Berichtsjahre 1908 sind 78 Bewegungen geführt worden, von denen 47 für 1102 Beteiligte einen vollen Erfolg, 9 für 582 Beteiligte einen teilweisen Erfolg und 22 für 663 Beteiligte einen Mißerfolg brachten. In 42 Fällen stellten die Arbeiter Forderungen, dabei kam es in 7 Fällen zu Streiks und Aussperrungen und in den übrigen Fällen wurden die Bewegungen durch Verhandlungen beigelegt. In nicht weniger als 36 Fällen verurteilten die Unternehmer Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen und in 32 dieser Fälle folgten Streiks und Aussperrungen. Verkürzung der Arbeitszeit wurde im letzten Jahre erzielt für 394 Personen pro Woche zusammen um 1233 Stunden, außerdem wurden an befristeter Arbeitszeiterlängerung für 67 Personen 192 Arbeitsstunden pro Woche abgewehrt. Lohnherabsetzung wurde erzielt für 774 Personen zusammen pro Woche 1636,50 Mark und außerdem wurden Lohnherabsetzungen für 106 Personen in Höhe von 323 Mark pro Woche abgewehrt. Tarifverträge wurden im letzten Jahre in 6 Fällen für 238 Personen in 74 Betrieben neu abgeschlossen. Insgesamt be-

Handen Ende 1908 21 Tarifverträge für 385 Betriebe mit 916 Beschäftigten. Für Streit- und Gemäßigtenunterstützung ist im letzten Jahre aus der Hauptkasse der Betrag von 54 987 Mark gezahlt worden.

Fünftes Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der Verband wird auf 35 und 40 Pfg. festgesetzt. Die Prekommission bleibt bestehen. Nach Bedürfnis soll der Verbandsvorstand berechnung sein, Branchenkongresse einzuberufen. Der Geschäftsbericht soll vom Vorstande jährlich erstattet werden.

Die neuen Statuten treten mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft, die Erwerbslosenunterstützung der 40 Pfg.-Beitragsklasse mit dem 1. April 1910.

Der Verbandstag tritt dem Beschluß der ersten Internationalen Konferenz der Arbeiter und Unterangestellten öffentlicher Betriebe über den Mißbrauch des Alkohols ausdrücklich bei. Der nächste Verbandstag soll 1912 in München abgehalten werden. Als Sitz des Verbandes wird wieder Berlin, als Sitz des Ausschusses Hamburg bestimmt. Die Wahl des ersten Vorsitzenden ergibt 26 Stimmen für Hedmann-Mannheim und 25 für den bisherigen Vorsitzenden Mohs. Hedmann erklärt, bei dieser Stimmenzahl nicht annehmen zu können. Mohs erblickt in der Abstimmung ein Mißtrauensvotum gegen seine Leistungen und er erklärt deshalb ebenfalls, nicht wieder anzunehmen. Es folgt nun eine außerordentlich erregte Debatte, in der betont wird, daß während der ganzen Verhandlung im Stillen gegen Mohs gearbeitet worden sei. Wir glauben, darauf nicht weiter eingehen zu sollen. Dann wird Mohs mit 33 gegen 1 Stimme wiedergewählt. Er erklärt nun, im Interesse des Verbandes auch anzunehmen. Zum zweiten Vorsitzenden wird Kiebel, zum Kassierer Kfmann und zum Redakteur Dittmer wiedergewählt.

Zentralverband freier Händler, Hausierer und verwandter Berufe. Vom 23. bis 25. Mai tagte in Düsseldorf im Lokal Ewald Nachf. der 2. Verbandstag des Zentralverbandes freier Händler, Hausierer und verwandter Berufe (Sitz Essen). Es waren 10 Delegierte sowie der Vorstand anwesend. Aus der Tagesordnung ist folgendes hervorzuheben: Bericht des Vorstandes, des Kassierers, des Ausschusses, der Prekommission, sowie der Redaktion des Verbandsorgans. Weiter ein Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Grundmann-Essen über: Die Händler und Hausierer und die Reichsgewerbeordnung. Nach dem Vorstandsbericht brachte das verlassene Jahr dem Verbands einen Mitgliederzuwachs durch den Zusammenschluß mit dem Berliner Verbands. Ein Teil dieses Verbandes jedoch, unter Führung eines ehemaligen Redakteurs, Angestellter einer Kölner Verlagsgesellschaft, fügte sich den Beschlüssen ihrer General-Versammlung nicht, sondern gründete für sich ein kleines Zweig-Verbandschen. Der Verband hatte im verlassenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von 110 Mitgliedern, jetzt ist der Verband 450 Mitglieder stark. Diese verteilen sich auf 11 Zahlstellen. Die Gründung von neuen Zahlstellen steht in Aussicht. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 3263,87 Mark, die Ausgaben 2819,58 Mark, mithin Kassenbestand 444,29 Mark; Lokalassenbestand 964,00 Mark, an Kranken-Unterstützung wurde gezahlt 417,10 Mark, für Rechtsschutz ausgegeben 80,50 Mark. Das Verbandsorgan erscheint seit 1. Januar 1909 zweimal monatlich, es erfordert einen Zuschuß von 570,00 Mark. Nach dem Voranschlag von 1909/10 ist aber anzunehmen, daß es im laufenden Jahre keinen Zuschuß mehr bedarf.

ac. Der Genfer Scherzstreik ist zugunsten der Arbeiterschaft beendet. Die Druckereibetriebe haben sich bereit erklärt, den Pausen-Tarif für die Maschinenführer anzunehmen.

ac. Zum Streik der eingeschriebenen Seelen in Frankreich. Wie üblich, ist das Ministerium Clemenceau den Schiffsherren zu Hilfe gekommen und hat verfügt, daß die Matrosen der Kriegsmarine den Dienst der Streikenden zu übernehmen haben. Die Maßnahme wird begründet mit dem Hinweis auf frühere Fälle; der Postdienst nach Algier, Tunis und Corsika müsse aufrecht erhalten werden. Die Schiffseigner hatten es nunmehr leicht, die Unterhandlungen mit der Organisation der Seelen abzulehnen, sie wollen nur mit ihrem Personal verhandeln. Der Streik wird weitergeführt.

Industrie, Handel und Verkehr.

Zur Wirtschaftslage. Wenig hoffnungstreu wird die Wirtschaftslage in Kreisen des Baugewerbes beurteilt. Die „Baugewerkszeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 29. Mai:

„Wir haben seit Monaten die Ansicht vertreten, daß eine schnelle Belebung des Baumarktes nicht zu erwarten sei und hieran festgehalten, wiewohl aus Kreisen, die hieran interessiert sind, für eine andere Auffassung Stimmung gemacht wurde. Unter dem 15. Mai haben wir die Aussichten des Baugewerbes an der Hand der Tatsachen nochmals näher darlegen lassen. Eine Besserung der Verhältnisse wird sich nur allmählich einstellen. Sie wird vor allem von dem Aufschwung der führenden Industrien und der Stärkung des Geldmarktes für langfristige Anlagen abhängen, der durch den Kapitalbedarf der letzten Jahre und die Anleihenwirtschaft des Reiches und Preußens noch immer geschwächt ist. Ueber die Auffassungen, welche bei ruhigen Beurteilungen der Börse herrschen, wird uns das folgende geschrieben:

Die lebhaften Hoffnungen auf eine Belebung der allgemeinen Wirtschaftslage, die sich bei Beginn dieses Jahres überall geltend gemacht hatten, sind bis jetzt bedauerlicherweise nur zu einem kleinen Teil in Erfüllung gegangen, trotzdem das Frühjahr, das doch stets die günstigste Zeit für ein Wiedererwachen der geschäftlichen Regsamkeit bedeutet, bereits so gut wie vorüber ist.

Nur in einzelnen Industriezweigen, wie z. B. in der Webstoffindustrie, ist der Geschäftsgang lebhafter geworden. Auch die Elektrizitätsindustrie ist weiter gut beschäftigt. Schnell verschwinden sind dagegen die Anzeichen einer Belebung in der Eisen- und Kohlenindustrie, die den stärksten Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft darstellt. Hier stehen neuerdings — im Gegensatz zu dem Optimismus der Börse — die Klagen über unzulängliche Beschäftigung und besonders auch über schlechte Preise wieder auf der Tagesordnung, und auch die Kohlenbergwerke leiden weiter unter Absatzmangel, besonders in Köln, als Folge der anhaltend ungünstigen Lage der Eisenindustrie.

Die Ursache dieser unerfreulichen Erscheinung liegt zum großen Teil an dem Ausbleiben der sehnlich erwarteten Belebung des Baumarktes. Wohl ist hier und da das Terrain etwas lebhafter geworden, indessen bleibt das Maß dieser Belebung, besonders in den großen deutschen Städten, ganz erheblich hinter den Erwartungen und namentlich auch hinter dem zurück, was man wirklich als einen nachhaltigen Wiederaufschwung der Bauwirtschaft bezeichnen könnte.

Ganz anders beurteilt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ — Nummer vom 29. Mai — die Verhältnisse. Sie schreibt also: „Daß die Bauwirtschaft nach der besonders intensiven Winterpause sich um so kräftiger entfalten würde, das war wohl erhofft und zum Teil auch erwartet worden; die tatsächliche Belebung aber, die im Frühjahr eingetreten ist, übertrifft doch auch die berechtigten Erwartungen. Ein Blick auf das Gepräge des Arbeitsmarktes im Baugewerbe während des Monats April zeigt, daß in diesem Monat ein Umschwung einsetzte, wie ihn

nur selten ein Monat gebracht hat. Ramen im März auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter 235 Arbeitsuchende, was für den Monat März allerdings als ausnahmsweise hoher Andrang gelten muß, so verminderte sich der Andrang im April auf 126,4, so daß das Angebot noch um 26 Prozent über die Nachfrage hinausgeht. Erwähnenswert ist dabei vor allem, daß der Andrang auch schon wieder erheblich geringer ist als im Vorjahr, während in den Vormonaten wie überhaupt das ganze Jahr 1908 hindurch eine beträchtliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr bestanden hatte. Im April 1908 hatte der Andrang stellungsuchender Bauarbeiter nämlich 160 betragen. Auch die Arbeitslosenverhältnisse des Bauerverbandes bestätigen einen bemerkenswerten Umschwung. Die Arbeitslosigkeit der organisierten Arbeiter ging von 16,6 Prozent im März auf 3,3 Prozent im April zurück. In allen Gegenden war die Belebung zwar nicht gleichmäßig stark, aber jedenfalls macht von der Besserung kein einziger Landesteil eine Ausnahme. Es gibt sogar wieder eine ganze Reihe von Gegenden, in denen das Angebot von Bauarbeitern hinter der Nachfrage zurückblieb, und zwar sind dies hauptsächlich Pommern, Provinz Sachsen, Hannover, die Stadt Bremen und Elsaß-Lothringen. Im letzteren Landesteil ist diese Erscheinung um so auffälliger, als im März noch ein Andrang von 228,7 bestand. Niedriger als im Vorjahr war der Andrang im Baugewerbe vornehmlich in den Provinzen Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau, ferner in Bayern, dem Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Bremen, Hamburg und Elsaß-Lothringen.

Gerichtliches.

Schutz der Arbeitswilligen. Das Landgericht Magdeburg verurteilte den Maurer Friedrich Altsleben zu vier Monaten Gefängnis, weil er im Juli v. J. bei dem Stahlfabrikanten Maurerstreik drei Berliner Arbeitswillige durch Schimpfreden beleidigt und außerdem einem Jungen 50 Pfg. gegeben haben soll mit der Aufforderung, die Arbeitswilligen mit Steinen zu bewerfen.

25 Jahre die Arbeiter hintergangen. Vor dem Schöffengericht in Baro im Unterfeld lagten 3 frühere Arbeiter des Lederfabrikanten Wolf Diez auf Herauszahlung zu viel einbehaltenen Beiträge zur Ortskrankenkasse. Es handelt sich um das Drittel des Beitrages, das der Unternehmer zu zahlen hatte, das der Belegschaft aber den Arbeitern auch noch vom Lohne abgezogen. — Durch Verjähhurteil — der Belegschaft war nicht erschienen — wurde der Fabrikant im zweiten Termine verurteilt, an die Arbeiter je 10, 20 und 50,80 Mk. mit 4 Prozent Zinsen seit dem Magdeburger Tag auszusahlen. Wie verlautet, wurde im ersten Termine festgestellt, daß der arbeitervriendliche Unternehmer seinen Mitarbeitern seit dem Jahre 1884, also seit dem Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes, die vollen Kassenbeiträge vom Lohne abgehalten hat.

Der Unternehmer suchte sich vor Gericht damit zu entschuldigen, daß er die großen Lasten beklagte, die die Sozialgesetzgebung den Unternehmern auferlege. Wie berechtigt diese Klage war, wird ja durch den Prozeß bewiesen. Wer verwundert fragen sollte, wie der Unternehmer jahrelang ein solches Treiben ungehindert fortführen konnte, dem diene zur Aufklärung, daß der Belegschaft immer mit unorganisierten Arbeitern zu tun hatte, erst mit den Klägern, die organisierte Arbeiter waren, kam er an die Unrechtmäßigkeiten.

Vermischtes.

38 Gebäude niedergebrannt. Marienburg, 1. Juni. Ein schweres Brandunglück hat sich am Frühen Morgen ereignet. Dort wurden im Dorf Jungfer 38 Gebäude meist armer Leute ein Raub der Flammen. In einem Gasthause kam das Feuer, wie man annimmt, durch Brandstiftung aus. Das Feuer entzündete ein 200 Meter weiter liegendes Gehöft. Innerhalb weniger Minuten griff das Feuer so schnell um sich, daß 30 Gebäude in Flammen standen. 35 Familien sind obdachlos geworden.

Prüfung zwischen galizischen Arbeitern. Beuthen, 1. Juni. Zahlreiche galizische Arbeiter, die in Preußen keine Arbeit fanden, sind in den letzten Tagen über die Grenze gereist und haben in Ermangelung von Wohnungen auf dem Exercier-

platz in Blonia ihr Nachtlager aufgeschlagen. Sechs dieser Arbeiter gerieten nachts in Streit, in dessen Verlauf einer erstickte, zwei andere sowie ein Grubenarbeiter aus Königsgrube tödlich verletzt wurden.

Ein Zuchthäusler als Messerstecher. Graudenz, 1. Juni. Im Graudenz Zuchthaus wurde ein Aufseher von dem Gefangenen Zielinski durch Messerstich schwer verletzt. Der Aufseher erhielt eine klaffende Schnittwunde über dem Gesicht und zwei Stiche in den linken Arm. Auch der Strafanstaltsdirektor soll verletzt worden sein.

Abgestürzt. Gra, 31. Mai. Aus Cilli wird gemeldet. Der Gymnasiast Franz Kozuh ist von dem Pilschönberg abgestürzt. Er erlitt einen Armbruch und ist an Blutvergiftung gestorben.

Standesamts-Nachrichten.

Ennigloh. In der Zeit vom 1. bis 15. Mai 1909 sind beim hiesigen Standesamt angesetzt:

Geburten. Söhne: Bauunternehmer Heinrich Nierste, Südlengern; Bahnarbeiter Friedrich Schulte, Ennigloh; Zigarrenarbeiter Herm. Meyer, Ennigloh; Schmied Konrad Benig, Ennigloh; Tischler Hermann Köter, Hüffen; Heurich Ernst Heinrich Fride, Ennigloh; Fabrikarbeiter Friedrich Siefmann, Hannebrod; Kolon August Drinluth, Dünne; Fabrikarbeiter Hermann Alster, Ennigloh; Antiker Friedrich Künge, Ennigloh; Handelsmann Hermann Berg, Südlengern; Erbarbeiter Heinrich Root, Able; Zigarrenarbeiter Friedrich Kampmann, Hüffen; Schneider Johann Friedrich Deying, Südlengern.

Töchter: Zigarrenarbeiter Wilh. Brodmeier, Südlengern; Maurer Hermann Spiller, Hannebrod; Tagelöhner Heinrich Brindöple, Berien; Zigarrenarbeiter Heinrich Holbrügge, Ennigloh; Zigarrenarbeiter Heinrich Wilmanns, Ennigloh; Vermeiter August Maichmann, Hüffen; Zigarrenarbeiter Hermann Schreimeier, Hüffen; Zigarrenarbeiter Heinrich Lagmüller, Hüffen; Polizeiergeant Friedrich Greive, Hüffen; Lagerarbeiter Heint. Steinberg, Hannebrod; Maurer Friedrich Ostermüller, Ennigloh.

Aufgebote. Zigelei-Maschinen Karl Siefer, Steinlade, und Zigarrenarbeiterin Marie Busch, Südlengern; Bahnarbeiter August Vogtlander, Blotho, und Zigarrenarbeiterin Marie Steube, Hüffen; Maurer August Niederbrante, Dünne, und Zigarrenarbeiterin Marie Bergmann, Schwenningdorf; Former Heinrich Klaus, Ennigloh, und Zigarrenarbeiterin Luise Schneider, Ennigloh; verm. Vermeiter Friedrich Wille, Spradow, und Zigarrenarbeiterin Wilhelmine Bergmann, Südlengern; Zigarrenarbeiter Friedrich Lagmüller, Hüffen, und Zigarrenarbeiterin Luise Treiler, Tengen; Zigarrenarbeiter Heinrich Schulte, Dünne, und Zigarrenarbeiterin Luise Oberdiel, Dünne; Kistenhefleber Wilhelm Jerninghausen, Ennigloh, und Zigarrenarbeiterin Anna Hannebrod, Hüffen; verm. Zigarrenarbeiter Hermann Alstermeier, Hüffen, und Zigarrenarbeiterin Auguste Schröder, Able; Aldergehilfe Friedrich Hilfer, Dünne, und gewerb. Marie Schläger, Dünne; Aldergehilfe Gustav Eble, Ennigloh, und geschiedene Luise Schmidt geb. Mettenbrink, Ennigloh.

Heiratsverträge. Zigarrenarbeiter Heinrich Gerling, Hüffen, und Zigarrenarbeiterin Anna Schmidt, Hüffen; Zigarrenarbeiter Wilh. Ottemöller, Dünne, und Zigarrenarbeiterin Marie Tiemann, Oberbrante; Kolon Friedrich Alster, Muccum, und gewerb. Luise Schölicher, Muccum; Kolon Heinrich Aufseier, Reineberg, und gewerb. verm. Luise Ziedmann geb. Borgmeier, Dünne; Antiker Friedrich Alstermeier, Ennigloh, und Zigarrenarbeiterin Anna Hannebrod, Hüffen; Zigarrenarbeiter Heint. Siefmann, Hannebrod, und Zigarrenarbeiterin Alwine Bäumer, Hüffen.

Sterbefälle. Witwe Anna Marie Wilhelmine Gieselmann geb. Widmeyer, 79 J., Südlengern; Witwe Johanne Wilhelmine Justall geb. König, 60 J., Ennigloh; Kistenarbeiter August Johann Samson, 41 J., Spradow; Oberbrante Johann Friederike Siefmeier geb. Gerdener, 36 J., Hannebrod; Handlanger Bernhard Heinrich Freie, 72 J., Südlengern; August Friedrich Schmidt, 1 J., Ennigloh; Wilhelm Albert Heinrich Albrecht, 1 J., Südlengern; Witwe Anna Margarete Hilselein Oberbrante geb. Kröger, 69 J., Hannebrod; Hermann Wilhelm Hühner, 10 J., Spradow; Invalidenrentenempfänger Heinrich Friedrich Wilhelm Heimeier, 64 J., Ennigloh; Marie Luise Herta Willner, 2 J., Ennigloh; Kistenarbeiter Ernst Heinrich Hühner, 22 J., Spradow; Oberbrante Anna Katharine Marie Luise Schreimeier geb. Kullstätter, 54 J., Spradow; Alfred Meyer, 6 Tage, Ennigloh; Witwe Anna Marie Elisabeth Dredschmidt geb. Hofmeier, 75 J., Dünne; Witwe Anna Marie Hilselein Winter geb. Möller, 80 J., Ennigloh; Johanne Mathi de Elisabeth Siefmeier, 5 J., Ennigloh.

Biophontheater, Niedernstr. 14

Kente neues Sensations-Programm
für die
Pfingstwoche
2.-5. Juni.

XI. Künstler-Drama. Wunderbare Kriegsbilder. Farbenpracht. Szenarien. (Die neueste Errungenschaft der Kinematographie.)
Sensationell! Napoleon I. Neu!
Ein Kunstfilm von hervorr. Bedeutung! Von größtem Interesse wegen seines geschäftlichen Hintergrundes für Jung und Alt. Historische Begebenheiten aus dem ruhmreichen und wechselvollen Leben Kaiser Napoleons I.
Lehrreich. Vorführungszeit: 30 Minuten. Unterhaltend.

Magnetische Rache. Großer Lacherfolg.
Die Hexenbrücke. Neu!
Hochinteressante Vorführung.
Neuestes Zonbild. Neu!
Originalaufnahme.

Der Kreuzgang einer Mutter. Neu.
Ein ergreifendes Drama, dessen Schauplatz sich in einem malerisch gelegenen Dorfe in den Pyrenäen befindet.
Spannend! Sehr interessant!

Ein starker Mann. Humoristischer Schlager!
Urkommische Szenen, die allgemeine Heiterkeit erregen.

Kanonen. Hochinteressant!
Nebung der Artillerie, neueste Krupp'sche Kanonen, wie solche auf Luftschiffen verwendet werden u. c.

Wir bringen nur garantiert letzterschienene Neuheiten
Unser Theater ist ausgezeichnet ventiliert, bietet auch an heißen Tagen angenehmen kühlen Aufenthalt.
Die Direktion.



* Herford. Vor einiger Zeit wurde ein Stieglitz-Differenz, die führen waren, den. Gleichzeit Arbeiter schriftl. Dienstag fander zwischen der hände Verhandl. führung der 56 die Arbeiter ab 8. April eine 2 von 1 Pfg. pro die Arbeitszeit Kraft, die Lohn Stunde. Außer Maler Verber des Streiks ver was, wie obige machten Zusätz

* Hüffen, 1. b und. In ei wurde ein Arb beiterchaft von zu tragen, da wachse. Die G bei Günther st

* Dortmund. ersten Feiertag seine Braut, die selbst mit einem

* Sattlinger. Antine der Se walter Büscher

* Hannover. Die Provinz h im Zentralblat führt, bis zum neg. Namentl nover-Bremen-Raum, die se Querlinien du maßig gestaltet besondere der v. Bennigien d

gegenüber war aber auch d zu 170 Meter ländereilen un sich in den ei

arbeiten erforder geringen Extr namentlich au genommen wo nur mit zwei

einem als sol wohnungen in nahmen in ein gebäudes, dem fuhrstraße erri

dessen konnten einheimische, flucht durch v

entsprechend wiegend als A lich, wenn ihr namentlich die geringen Reif

nur langsam Ergebnisse der te h r s. Die

stoffen, namen Biesen umgen Bodens hat zu Düngemitteln

erneuten Ansf Abfuhr und d zeugnissen der

der Urbarm streiten zu kö den sogenann bindung von

Aufschwung t besserung der linie Geestem Großbetrieb tausend Stü der Seide zu A u f f o r i t u wirtschaftliche sind. Am A

ausgedehnte behörden bei der Aufforst gewinnung d umentbehrlich Bohrungen a neben den v neue Aufschü Salalagern e Celler bei R reichen Erbd eine reiche u

Der Ver dem die Ort eingestell h gaganen ist. bewegen, vo Es wurde u Honorars r Pauschale 7 Mark pr 9 Mark pr Auch der V Aerzte für

Nichtab- Der Zentr Deutschl werkschaf Radenschluf gewerbe, l

Von heute nachmittag 3 Uhr ab
verkaufen wir unsere sämtlichen

Damen- und Kinderhüte

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Sehen Sie unser Schaufenster Nr. 1 an. Die Preise werden Staunen erregen.

Harms & Co.

Soeben ist Bahnhofstrasse 6 ein grosser Posten Emaille-Waren, alles sehr schöne Sachen, weit unter Preis, angekommen.

Sommertheater.

(Brinkhoffs Tonhalle.)
Mittwoch, 2. Juni, Anfang 8 1/2 Uhr:
Novität! Zum 2. Male! Novität!
Im Klubsessel.
Aufspiel in 3 Aufz. v. Köpfer u. Keller.



Nähmaschinen u. Fahrräder
2166* aller Systeme.
Untericht in mod. Maschinenstickerei.
Kein Laden, nur Lager,
daher billigste Lieferung.
Teilzahlung gestattet.

Heinr. Tubbesing,
Bielefeld, Esentrupperweg 11.

Hansa-Backpulver



ist das Beste!
Stahmer & Wilms
Hamburg
Für 50 Hansabons erh. Sie eine
Dose ff. Kakes gr. u. fr. v. u. Vert.

Soeben erschien:
Simplicissimus
Nr. 9.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Kleine Anzeigen-Gef.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der seltenen Ueberschrift 10 Pfg.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorauszahlung angenommen.

Herde, 2727
Defen und Haushaltungsgegenstände
in grosser Auswahl, auch bei Teil-
zahlungen, empfiehlt C. Brakemeier,
Hohenthorstrasse 72, gegenüber der
Schule.

Fahrräder, 2727
nur bestes, hiesiges Fabrikat, sowie
ein Posten gebrauchte, auch sämtliche
Zubehörsgegenstände kaufen Sie am vorteil-
haftesten bei Hilbert & Bertram,
Höfenbaderstrasse 90.

Ameiseneier
jede Woche frisch zu haben. Teuto-
burgerstrasse 12, part. [3092]

Kleiderchränke
von 25 Mk. Bettstellen 15 Mk.,
Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein
Laden, daher billiger als jede Kon-
furrenz. Brunnenstrasse 12 a, 2 Min.
vom Stadttheater. [3094]

Sped!
schönen Bauernsped., das Pfund
85 Pfg., bei ganzen Seiten 80 Pfg.,
empfiehlt Aug. Fellweg, Petrifstr. 38
und Heeperstr. 56. [3054]

Schlafstelle
mit Morgenkaffee für anständigen
jungen Mann (monatlich 6 Mark)
Bleichstrasse 111. [3091]

Unterricht 3096*
im Klavier- und Harmoniumspiel er-
teilt P. v. Hagen, Güterstrasse 27, I.

Fuhrknecht,
zuverlässiger, zu sofort gesucht. Loß-
mann, Kellerstrasse 23. [3104]

Malergehilfen
sucht W. Olschiffen, Brackwebe,
Kaiserstrasse 129 a. [3105]

Brillen, [3106*]
auch Gläser und Reparaturen. Optiker
Dämmig, Ritterstr. 97, neben Dittrogge.

Gelegenheitskauf!
Eine neue Kommode billig zu ver-
kaufen. Wo sagt d. Sped. [3080*]

Holz-
und Eisenhandlung, mit Fuhrbetrieb,
billig zu verkaufen. Zu erfragen in
der Sped. dieser Zeitung. [3090*]

Zigarren-Import- und Versand-Haus

Carl Scheweppe,
Bahnhofstrasse 39
Hotel Vereinshaus
Bürgerweg 43
Ecke Gr. Kurlürstestr.
Grosses Lager in
Havanna-Zigarren
sowie in durchaus erstklassigen deutschen Fabrikaten.
Ferner empfehle die so beliebten Spezialmarken der Zigaretten-
Fabrik „Juwel“, Dresden
„Kleine Sachsen“ per Stück 2 und 3 Pfg.,
garantiert Handarbeit.
„Bazara“ per Stück 3 1/2—10 Pfg.,
nach Cairo-Art. [3095]
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Bahnhofstrasse 39 Fernspr. Bürgerweg 43
Hotel Vereinshaus 409. Ecke Gr. Kurlürstestr.

Bekanntmachung.

Folgende Bestimmungen der Polizei-Verordnung vom 3. April 1900
werden nicht mehr beachtet und zur Vermeidung von Bestrafungen wieder-
holt in Erinnerung gebracht.

Bauzäune und Schutzbücher.
§ 6. Baustellen, welche an öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen
liegen, sind, soweit der Bau nicht mehr als 4 Meter vom Verkehrswege
liegt und der Bauplatz nicht bereits genügend eingefriedigt ist, vor Beginn
der Bauarbeiten durch einen mindestens 2 Meter hohen Bauzaun einzufriedigen;
von dieser Verpflichtung kann die Polizei-Verwaltung unter
Umständen auf Antrag entbinden.

Riegel oder Gegenstände, durch welche Vorübergehende beschädigt
werden können, dürfen aus dem Bauzaun nicht hervorstechen. Türen im
Bauzaun dürfen nur nach innen aufgeschlagen. Wird die Errichtung eines
Bauzaunes erlassen, so müssen Ausschachtungen, Kalkgruben u. s. w. auf
andere Weise sicher eingefriedigt oder überdeckt werden.

Alle Neubaugerüste, welche nicht mindestens 2,50 Meter vom Fuß-
gängerwege zurückliegen, müssen nach Anbringung des zweiten Stehgerüsts
ein nach innen geneigtes Schutzbüch von dicht gefügten oder übergelegten
Breitern erhalten. Diese Schutzbücher müssen so breit sein, daß sie die
Fußgängerwege bzw. Bürgersteige vollständig überdecken. Auch bei Repa-
raturbauten in Obergeschossen, bei Abbruchs- und anderen Arbeiten,
welche das Herabfallen von Steinen oder dergleichen veranlassen, ist ein
solches Schutzbüch herzustellen.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden,
soweit sie nicht in anderen Gesetzen mit schwereren Strafen bedroht sind,
mit einer Geldbuße bis zu 9 Mark, im Unermögensfalle mit Haftstrafen
bis zu 3 Tagen geahndet.

Hersford, den 22. Mai 1909.
Die Polizei-Verwaltung. Dr. Hef.

Ansichts-Postkarten

in künstlerischer Ausführung
und reichhaltigster Auswahl.
Buchhandlung „Volkswacht“.



Geben Sie einem
RIEGEL
GESCH.
vor
allen anderen Likören
den Vorzug!

BESTER BITTER LIKÖR
Original-Mischung: kräftig.
Tropen-Mischung: milde wenig Alkohol.
In besseren Geschäften u. Restaurants
zu haben.
CHEM. PHARM. LABORATORIUM
APOTHEKER
SCHLÜTER & CO. BIELEFELD



Fr. Werpel, Hersford
Vorteilh. Bezugsquelle sämtl.
Musik-Instrumente
alien für
Vereine, Orchester, Schule u. Haus.
Eigene Reparaturwerkstatt.

Trauer-Hüte

in grösster
Auswahl,
zu billigsten
Preisen
F. Kleinmeyer
Bielefeld, Schenkerstr. 9

Grabdenkmäler.

Grabfassungen, in allen
Preislagen, am billigsten bei
Wilhelm Ott,
Engerscherstrasse 1 2709
und Herforderstrassen-Ecke.

Die Anzeigen

in vor-
liegender
Nummer
wollen
die Leserinnen und Leser der „Volkswacht“ beachten! * * * * *

Dalli-

Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Tagebuch einer Verlorenen.

Von einer Toten.
Uebersetzt und herausgegeben von
Margarete Böhme.
— Illustrierte Ausgabe. —
In 20 vierzehntägig erscheinenden Heften zu je 20 Pfennig.

Bestellungen werden bis zum 15. Juni in der Buch-
handlung „Volkswacht“ entgegengenommen.

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.



Todes-Anzeige.
Am 2. Pfingsttage starb plötzlich und unerwartet, infolge
Herzlähmung, unser lieber Vater, Stiefvater, Bruder, Schwager
und Onkel, der Unfalltrentenempfänger
Paul Blume
im fast vollendeten 48. Lebensjahre. [3097*]
Um stille Teilnahme bitten:
Ludwig Blume
Wilhelm Blume
Gustav Meyer
Henriette Burheide geb. Meyer
Karoline Eiffert geb. Meyer
und Entfalter.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. Juni er.,
nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Kesselstrasse 2, aus statt.

Nachruf! [3098*]
Am 31. Mai verschied plötzlich und unerwartet unser lang-
jähriger Mitarbeiter
Paul Blume.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
Bielefeld, den 2. Juni 1909.
Seine Mitarbeiter der Fahrrad- u. Nähmaschinen-Fabrik,
sowie die Hofarbeiter der Firma vorm. Tüchopp & Co.



Statt besonderer Anzeige.

Montag morgen 6 Uhr wurde unsere liebe Tochter, Schwester,
Schwägerin und Tante
Luise Klauke
im Alter von 27 Jahren nach längerem, mit großer Geduld
ertragenen Leiden durch einen sanften Tod erlöst.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Familie Klauke.
Brackwebe, den 2. Juni 1909.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
vom Trauerhause, Brackwebe, Hallerstrasse 1 b, aus statt.

Nachruf.

Dienstag morgen 2 Uhr starb nach längerem Krankenlager im
Alter von 46 Jahren unser treuer Kollege und Mitarbeiter
Gottlieb Kramer.
Sein aufrichtiger, kollegialer Charakter sichert ihm bei uns
ein dauerndes Andenken.
Seine Mitarbeiter
[3099] der Firma H. Koch & Co., G.-H., Gbt. Adler-Gau.

Nachruf.

Am Dienstag, den 1. Juni, verschied nach langem, schweren
Leiden das Mitglied unserer Vereinigung
Gottlieb Kramer
im 46. Lebensjahre. — Leicht sei ihm die Erde!
Unterstützungs-Vereinigung
der Firma H. Koch & Comp. [3100*]

Abonnemen
für Bielefeld und
wie bei sämtlichen
ins Haus gebracht 6
Mk. Durch die
1,80 Mk. vierteljähr-
Beistellung
Eingekommen

Erscheinun
mit Ausnahme der
Feiertage täglich

Fernsprech-Anschl

Nr. 12

Die henti

Die Invali

Das Vierte
bis 1865) regelt
versicherung
Videnerklärung.
dem Gebiete der
bereits in der Ka-
gefindigt worden
— im November
entwurf als die
wurde. Aus die-
Agrarier und ih-
arbeiter von
wollen, weil für
durchnis“ vorlie-
die Invalidität
Mit nur zwanzig
gegen 165). Die
weil es alles in
nicht entsprach.
Mehrere Umf-
dem Gedanken ei-
Seine Unzulängli-
an in der Arbeit
der Sozialdemo-
der Ausdehnung
stellung der Er-
Renten, als a-
Wartezeit. In
ihre Beschleuni-
Interesse bestimm-
für die Renten
in ihrem Bezirke
Bedrängnis
Dedung für den
größere Zahl Mi-
Durchschnitt, wäh-
Ueberdeckung hat-
vermochten, als b-
war. Die Agrar-
ausgleich“. Im
Vorlage der ver-
gerichtet war, die
die Renten etwa-
einen so energich-
Kommission gelan-
wurde dem Reid-
Grund dessen ein-
feh wurde unter
geleitet“ am 13. J-
1900 in Kraft.

Bei der Schlu-
traten sich für
mit infolge ihrer
bejungen, Er-
höhung der
einer Invaliden-
Krankheit, die
Leider gelang es
der Hausgewe-
weiterung des Kr-
wäre es nach
würde, entsprechen-
die Versicherung
auf die Arbeit
und der Reichs-
war das der alte
erinnert, daß im
finnige Agitati-
versicherung ein-
Das Projekt d-
versicherung
des Volltarifgehe-
einnehmen a-
Weizen, Schlach-
rung der Durchfö-
zu verwenden sind-
frage des Zentr-
die Arbeiter „
Unheil der agrari-
trum zum Siege
Es ist unmögli-
wie hoch die Mehr-
sie sehr schwanken-
einnahmen überha-
trag von rund 42
Jahr 1908 liegt be-
für den Reichshau-
Begründung der
vorausichtlich we-
zu vereinnah-
Daß eine Hinf-
mehrfach sogar ge-
gemacht werden
ist das von vorn-
dung muß es un-
eine befristende
Rechtsansprüche
nungen. Der En-
durchaus beifol-
Schwankungen in
einnahmen aus der
durchzuführen, wir
durch gesetzliche
Invalidenversicherung
des Reiches zu
Wie find die we-
meint, man könne